SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien: Teil 2, 1996/97

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Oschlies, W. (1998). *Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien: Teil 2, 1996/97.* (Berichte / BIOst, 4-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43346

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.uni-koeln.de/extern/biost

ISSN 0435-7183

Inhalt

		Seite
Kurzfassung		3
1.	Einführung	5
2.	Neue Phase der Aufarbeitung der Vergangenheit	12
2.1	Um die Wahrheit der Revolution vom Dezember 1989	12
2.2	Um die Koordinaten des "rumänischen Gulag"	17
2.2.1	"Memorial Sighet"	17
2.2.2	"Salcia" und andere Zwangsarbeitslager im rumänischen Osten	21
2.2.3	Der rumänische Gulag außerhalb Rumäniens	24
3.	Um den Zugang zu den Securitate-Dossiers	26
4.	Gegenwärtiger Linksextremismus in Rumänien	32
5.	Zusammenfassung	37
Summary		39

24. November 1997

Wolf Oschlies

Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien

Teil II: 1996/97

Bericht des BIOst Nr. 4/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Nach einem ersten Teil (Bericht Nr. 3/1998) zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien wird hier Teil II vorgelegt. Der erste Teil befaßte sich mit der Entwicklung in den Jahren 1990-1995/96, als Rumänien von Ion Iliescu geführt wurde. Seit Ende 1996 hat Rumänien eine neue politische Führung – die erste demokratisch gewählte seit 1937! Diese neue Führung hat auch im Bereich der Vergangenheits-Aufarbeitung neue Wege beschritten, neue Möglichkeiten eröffnet und neue Resultate erzielt.

Diesen gilt die vorliegende Darstellung, die (wie auch ihre Vorgängerin) auf der Analyse allgemein zugänglicher Quellen beruht, die bis auf wenige Ausnahmen rumänischer Provenienz sind.

Ergebnisse

1. Seit Ende 1996 hat Rumänien mit Emil Constantinescu einen neuen Präsidenten und unter Victor Ciorbea eine neue Regierung. Beide repräsentieren das Bündnis *Demokratische Konvention Rumäniens* (CDR) und verkörpern die erste demokratisch gewählte und legitimierte Führung Rumäniens seit 1937.
2. Die neue Führung ist sich bewußt, daß die Reformaufgaben Rumäniens durch die siebenjährige "Verspätung", die das Iliescu-Regime zu verantworten hat, ungemein schwerer geworden sind. Man hatte den ernsten Willen, Reformen anzugehen, konnte auch einige Teilerfolge erzielen, mußte andererseits aber auch viele Vorhaben zurückstecken, weil das wirtschaftlich desolate Land überfordert gewesen wäre. Dennoch ist die Position der Führung in der Öffentlichkeit ungefährdet, wie Umfragen seit Monaten erkunden.
3. Relativ gut klappt hingegen die Aufarbeitung der Vergangenheit, die unter den neuen Bedingungen ungehindert und in mehreren Richtungen abläuft. Ein erstrangiges Anliegen ist dabei, die unter Iliescu verschleierte und verfälschte Geschichte der rumänischen Revolution vom Dezember 1989 in ganzer Wahrheit zu erfahren. Das ist noch nicht im vollen Umfang gelungen, weil dafür die Kenntnis von Dokumenten und Archiven nötig wäre, die noch aussteht.

4. Immerhin ist es der Regierung gelungen, die von der ehemaligen Regierungspartei planmäßig inszenierte "Aufblähung" der Zahl der "Revolutionäre" per Gesetz zu stoppen. Damit wurde auch der Versuch unterbunden, ehemalige Diener des Regimes als "Revolutionäre" zu tarnen und zu rehabilitieren.

5. Glückliche Hand bewies die Regierung auch mit ihrer Taktik, Bürgerinitiativen zur Erkundung des rumänischen "Gulag" freie Hand zu lassen. An den Orten der schlimmsten kommunistischen Lager – Sighet, Gherla, Donau-Schwarzmeer-Kanal u.a. – sind Gedenk- und Forschungsstätten entstanden, die in kürzester Zeit bereits reichen Ertrag brachten.

6. Im ganzen Land haben sich Institutionen der "mündlichen Geschichte" gebildet, die Aussagen von Überlebenden etc. sammeln, um so das Mosaik der Aufarbeitung zu bereichern.

7. Besonders interessant ist dabei, daß von Rumänien aus auch die rumänischen Regionen östlich des Prut einbezogen werden, deren Wiedervereinigung mit dem Mutterland von Moskau seit 1940 verhindert wird. Weil die dortigen Rumänen ("Moldovaner") selber nicht tätig werden können, wird in rumänischen Institutionen aufgearbeitet, wie der Kommunismus in diesen Regionen verfuhr.

8. Kaum vorangekommen ist das Problem des Zugangs zu den Securitate-Dossiers. Zwar gibt es seriöse Versuche, die Verschleierungstaktik der Iliescu-Führung per Gesetz rückgängig zu machen, doch werden diese von Teilen der CDR-Regierungskoalition behindert. Interessant für deutsche Beobachter ist, wie stark das Beispiel der deutschen Gauck-Behörde in Rumänien gewirkt hat.

9. Abschließend wirft die Darstellung einen Blick auf die neokommunistischen Parteien im gegenwärtigen Rumänien. Ihr Spektrum ist verwirrend – zur "Linken" zählen auch rechtsextreme, nationalistische Parteien, die vom Kommunismus vor allem seine Funktionäre und seinen totalitären Geist übernahmen.

10. Eine direkte Bedeutung haben diese Parteien nicht, eine indirekte nur insofern, als sie eine demagogische Geschichtsklitterung zugunsten Ceauşescus und seines Regimes betreiben. Möglichen Gefahren daraus, sollten sie denn auftreten, wird durch publizistische Aufklärung der spezifischen Verbrechen dieses Regimes, z.B. seiner "Bulldozer-Politik" gegen die Landwirtschaft, begegnet.

1. Einführung

1996 war ein schlimmes Jahr für die Rumänen: Armut, Teuerung, Mißernte, mafiöse Wirtschaftsskandale und eine bereits im siebenten postkommunistischen Jahr andauernde allgemeine Perspektivlosigkeit führten dazu, daß immer mehr Menschen in Umfragen bekannten, sie "befürworteten einen Wechsel"[1]. Die Chance kam in den Wahlen zu beiden Parlamentskammern (Senat und Abgeordnetenkammer) vom 3. November,[2] und sie wurde genutzt: Das oppositionelle Parteienbündnis *Rumänische Demokratische Konvention* (Convenţia Democrată Română, CDR) gewann 30,70% im Senat und 30,17% in der Abgeordnetenkammer. Deutlich abgeschlagen mit 23,08% und 21,52% wurde die *Sozialdemokratische Partei Rumäniens* (Partidul Democraţiei Sociale din România, PDSR) des Präsidenten Ion Iliescu. Auf dem dritten Platz (13,16% bzw. 12,93%) landete die *Sozialdemokratische Union* (Uniunea Social Democrată, USD) des ehemaligen Ministerpräsidenten Petre Roman. Roman hatte nach 1989 mit Iliescu ein "Tandem" gebildet, sich mit diesem aber bald und irreparabel überworfen. Jetzt präsentierte er ihm die Rechnung: Wenige Tage nach den Wahlen schlossen CDR und USD ein Abkommen über "Zusammenarbeit bei Wahlen, in der Regierung und im Parlament", das als erstes gemeinsames Vorhaben bestimmte: "Völlige Beseitigung des Regimes Iliescu und seiner Folgen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben des Landes".[3]

Dieses Vorhaben hatte schon numerisch eine gute Erfolgschance: Außer den drei genannten Parteien waren nur noch drei kleinere ins Parlament gekommen, von denen keine oder keine größeren Probleme zu erwarten waren. Da war zuerst die *Demokratische Union der Ungarn Rumäniens* (Uniunea Democrată Maghiară din România, UDMR), die 6,81% bzw. 6,64% bekommen hatte, zudem mit der CDR verbündet war. Weiterhin waren parlamentarisch vertreten die *Partei Groß-Rumänien*, PRM) mit 4,54% bzw. 4,46% und die *Partei der Rumänischen Nationalen Einheit* (Partidul Unităţii Naţionale Române, PUNR) mit 4,22% bzw. 4,36%.[4] Die letztgenannten werden in Rumänien der "Linken" (stânga) zugerechnet, was indessen nur insofern zutrifft, als sie gewisse Ideologie- und Herrschaftselemente des Kommunismus – autoritärer Staat, Zentralismus, Planwirtschaft – in ihre Programme aufgenommen haben; ihrem Wesen und ihren Aktionen nach sind sie jedoch rechte, nationalistische Parteien.

---

1 Dina Rădulescu, Radu Marinaş: Retrospectiva economică a anului 1996 (Wirtschaftlicher Rückblick auf das Jahr 1996, in: România liberă (RL) 31.12.1996.

2 Detailliert Anneli Ute Gabanyi: Rumänien: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1996, in: Südost-Europa, Nr. 3-4/1997, S. 119-145.

3 Wortlaut des Abkommens, in: RL 8.11.1996.

4 Wahlergebnisse, in: RL 8.11.1996.

Rumänische Kommentatoren erwarteten von PMR und PUNR[5] eine "begrenzte parlamentarische Zusammenarbeit" mit der CDR, deren Sieg ja auch überzeugend ausgefallen war: Die gesamte Westhälfte Rumäniens hatte sie fast komplett hinter sich gebracht und sich im Osten den Wahlerfolg mit UDMR und PDSR geteilt.[6] Zudem hatte CDR-Führer Emil Constantinescu (*1939)[7] die gleichzeitigen Präsidentschaftswahlen zuletzt doch eindeutig gewonnen: Im ersten Durchgang hatte er mit 28,21% noch hinter Iliescu (32,25%) gelegen, in der Stichwahl diesen jedoch mit 52,8% besiegt,[8] wobei dieses Ergebnis später offiziell auf 54,41% korrigiert wurde. Ein solches Resultat war zu erwarten gewesen, denn die Wähler des drittplazierten Petre Roman (20,54%) wären in keinem Fall zu Iliescu übergelaufen. Dennoch war es überraschend, wie divergente Alters- und Sozialgruppen Constantinescu favorisiert hatten: Hochschulabsolventen (65,0%), Arbeiter (58,0%), junge Erwachsene (66,0%), Frauen (52,0%), Männer (58,0%) etc.[9]

Am 29. November 1996 trat Constantinescu sein neues Amt an, wobei er eine erstaunlich "einfache" Rede zu seiner beabsichtigten Amtsführung hielt: "Aufbau eines Rechtsstaates", "Institutionen müssen im Dienst der rumänischen Bürger stehen", "vor dem Gesetz sind alle gleich", "effiziente öffentliche Verwaltung", "Wiedergeburt des europäischen Staates Rumänien" etc.[10] Was anderswo wie Selbstverständlichkeiten anmutete, war in Rumänien eine aufwühlende Botschaft,[11] denn "dieses Land hat seit 1937 keine demokratisch gewählte Regierung gehabt. Nach fast 60 Jahren, nach einer Abfolge von Diktaturen in verschiedenen Farben, hat Rumänien erstmals eine demokratisch gewählte Macht".[12] Es gab eine "zweite, aber auch letzte Chance" dafür, "daß Rumänien eine wahre Demokratie wird": "Im Dezember 1989 wurde zwar die Machtpyramide geköpft, aber alle Machtstrukturen blieben intakt", und nunmehr müßten die fernere und die jüngste Vergangenheit aufgearbeitet werden, letztere mittels einer raschen Aktion "saubere Hände" (mâinile curate), durch die alle eingenisteten kriminellen Seilschaften aus dem öffentlichen Leben ausgemerzt werden sollen. Kurz: "Es gibt die Chance für radikalen Wandel".[13]

Ausführer dieses Wandels sollte die neue Regierung unter Victor Ciorbea sein. Ciorbea – geboren 1954, Ausbildung als Jurist, seit 1993 Präsident der *Nationalen Konföderation Freier Gewerkschaften Rumäniens* (Confederaţia Naţională a Sindicatelor Libere din România,

---

5 Speziell hierzu vgl. Tom Gallagher: Nationalism and Post-Communist Politics: The Party of Romanian National Unity, 1990-1996, in: Lavinia Stan (Hrsg.): Romania in Transition, Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sydney 1997, S. 25-47.

6 Vgl. die Karte, in: RL 8.11.1996.

7 Biographie, in: Munzinger-Archiv/Internationale Biographien, Nr. 6/1997; Wiliam Totok: Rumäniens neuer Staatspräsident, in: taz 30.11.1996.

8 RL 14.11.1996.

9 Vgl. die Graphik, in: RL 19.11.1996.

10 Wortlaut, in: RL 30.11.1996.

11 Zur jüngsten Geschichte Rumäniens vgl. Robert Weiner: Democratization in Romania, in: Stan, Romania... a.a.O., S. 3-23.

12 Stelian Tănase: Revoluţia paşnică (Friedliche Revolution), in: RL 19.11.1996.

13 Bogdan Ficeac: Ultima şansă (Letzte Chance), in: RL 5.12.1996.

CNSLR) – hatte als CDR-Kandidat am 17. Juni 1996 die Kommunalwahlen in Bukarest mit 56,74% gewonnen (gegen den Ex-Tenniscrack Ilie Năstase für die PDSR) und wurde neuer Bürgermeister der Hauptstadt. Die Bildung von Ciorbeas Regierung scheint nicht weiter schwierig gewesen zu sein: Am 26. November 1996 hatten sich CDR und USD (die beide Koalitionen mehrerer Parteien sind) mit der UDMR geeinigt, wieviele Ministerposten jede Einzelpartei bekommen sollte, aber das am 12. Dezember 1996 vereidigte Kabinett ließ von dieser Einigung kaum noch etwas erkennen; so sollte z.B. die UDMR einen Minister stellen, bekam aber zwei – Birtalan Akos (*1962, Tourismus) und Tokay Gyorgy (*1939, nationale Minderheiten) –, und bei anderen Parteien war es ähnlich. Ganz unverkennbar hatten andere Kriterien die Regierungsbildung bestimmt, wie aus den Biographien der Minister deutlich wurde: fachliche Kompetenz, demokratisches Image, enge Westkontakte, Mitgliedschaften in europäischen Organisationen. Als typisch dafür konnte Außenminister Adrian Severin von der *Demokratischen Partei* (PD in der USD) gelten: Jahrgang 1954, Jurist, Mitglied in internationalen Organisationen, Vizepräsident des Komitees für Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dessen Berichterstatter "für Probleme der Entkommunisierung Europas" (probemele decomunizării Europei).[14]

Für die kommenden sechs Monate nahm sich die Regierung ein Programm dringendster Reformen vor,[15] von dessen Erfüllung man sich eine allseitige Verbesserung der inneren und auswärtigen Bedingungen Rumäniens versprach, die ihrerseits Rumäniens Position bei den bevorstehenden Verhandlungen um einen NATO-Beitritt stärken würde.[16] Damals glaubte man in Rumänien noch, hierbei gute Chancen zu haben, wenn auch "die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden sollte, daß (der NATO-Gipfel von) Madrid nur eine Etappe auf dem längeren Weg Rumäniens in die euroatlantischen Strukturen sein wird".[17] Man hatte aber kaum mit der amerikanischen Fehlperzeption gerechnet, die aus unerfindlichen Gründen Rumänien – großes und volkreiches Land, Schwarzmeer-Anrainer, direkter Nachbar eines sowjetischen Nachfolgestaats, Landbrücke zum Balkan etc. – *nicht* unter den ersten Beitrittskandidaten sehen wollte und damit der gesamten Reformpolitik der neuen Führung einen schweren Schlag versetzte. Rumänien fühlte sich, milde gesagt, von "Europa" verlassen, denn zahlreiche Umfragen hatten ergeben, daß es in keinem postkommunistischen Land *weniger* "Euroskeptiker" als in Rumänien gibt.[18] Der "rumänische Euroskeptizismus" (euroscepticismul românesc) war lediglich eine "Enttäuschung" (dezamăgire) darüber, daß "das von uns geliebte Europa, in das wir integriert werden wollen, uns nicht will und uns wieder in die Krallen des Ostens werfen wird".[19] Da war es gut, daß US-Präsident Clinton

---

[14] Ministerbiographien, in: RL 10.12.1996.

[15] Edith Lhomel: "Leid, Schweiß und Tränen", in: Le Monde Diplomatique, Beilage der taz, Juni 1997.

[16] Detailliert Anneli Ute Gabanyi: Rumäniens neue Regierung Ciorbea: Eine Bilanz nach 200 Tagen, in: Südost-Europa, Nr. 7-8/1997, S. 341-372.

[17] Ana Maria Bota: NATO cu cărțile pe masă (Die NATO legt die Karten auf den Tisch), in: "22", Nr. 22, 3.-9.6.1997.

[18] Eurobarometer-Resultate, in: RL 27.3.1997.

[19] Sorin Alexandrescu: Euroscpticismul, cortina de fier şi perdeaua de catifea (Der Eurosketizismus, der eiserne Vorhang und die Samtgardine), in: "22", Nr. 24, 17.-23.6.1997.

wenige Tage nach Madrid in Bukarest war und den Rumänen versicherte, ihr Land werde 1999 zu den "stärksten Beitrittskandidaten" gehören. Das bewirkte einen Stimmungsumschwung, den Constantinescu Ende September 1997 in Luxemburg formulierte: Schon die Madrider Debatte um Rumänien sei für dieses ein Erfolg gewesen, denn über ein Rumänien unter Iliescu hätte man nicht einmal debattiert ("wie auch nicht über Bulgarien oder Albanien geredet wurde"), und in der Aussprache habe Rumänien fast ausschließlich positive Wertungen erfahren.[20]

Im Dezember 1996 plante die Regierung Ciorbea Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, Verbesserung der Energielage, finanzielle Erleichterungen für die Landwirtschaft, antiinflationäre Haushaltspolitik, Bekämpfung der Korruption, Stimulierung ausländischer Investitionen, Bemühungen um eine Integration in EU und NATO, Gesetze für umfassende Wirtschaftsreformen, Verbesserungen im Bildungs- und Sozialwesen etc.[21] Ein großer Teil der sozialpolitischen Reformmaßnahmen war in einem förmlichen "Vertrag mit Rumänien" (Contractul cu România) aufgelistet, der nach 200 Tagen erfüllt sein sollte – was er natürlich nicht im vollen Umfang war, aber der CDR in Umfragen Traumpräferenzen von 47 Prozent einbrachte.[22] Im Sommer folgte dann eine "Evaluierung" der Reformpolitik von Ciorbeas Regierung, die relativ gut ausfiel: Man hatte eine "ökonomische Stabilisierung" erreicht ("eine für die Bevölkerung sehr schmerzhafte") und man hatte die legislativen und institutionellen Voraussetzungen geschaffen, die "unenentbehrlich für eine Vertiefung der Reform" sind.[23]

Das Hauptproblem Rumäniens ist gegenwärtig vor allem die ökonomische Gesundung. Rumänische Kommentaren empfinden als "Ironie des Schicksals", daß rumänische Statistiker ausgerechnet das Jahr 1989 zu Vergleichszwecken heranziehen: Ceauşescus letztes Jahr war gewiß schlimm, aber alle Folgejahre waren schlimmer. 1992 wurden gar nur 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 1989 erreicht, danach kam es zu geringfügigen Steigerungen, und gegenwärtig wird ein erneutes Fallen prognostiziert. Arbeitslosigkeit und Inflation werden wieder und für längere Dauer steigen, die Kaufkraft der Bevölkerung sinken. Die sozialen Folgen sind in Rumänien seit Jahren zu sehen: "Spektakuläres" Wachsen der Selbstmordraten, ständige Verschlechterung der zwischenmenschlichen Beziehungen, "alarmierender" Anstieg des Alkoholismus, "desgleichen Gewalt und Kriminalität". Hier eine Änderung zum Besseren zu erreichen, wird der Regierung nicht sofort gelingen, aber auch nicht unmöglich sein: Viele Verwerfungen der gegenwärtigen Wirtschaft resultieren tatsächlich aus jahrelang verschleppten Reformen, "nichtgetroffenen und unwirksamen

---

[20] Nach einem Funk-Mitschnitt von Constantinescus Pressekonferenz, der dem Verfasser vom Rumänischen Dienst der DEUTSCHEN WELLE (Köln) zur Verfügung gestellt wurde (W.O.).

[21] Wortlaut des Programms, in: RL 10.12.1996.

[22] Cătălin Pavel: Contractul cu România după 200 de zile (Der Vertrag mit Rumänien nach 200 Tagen), in: "22", Nr. 24, 17.-23.6.1997.

[23] Ilie Şerbănescu: FMI evaluează guvernul Ciorbea: a început schimbarea în economie? (Der IMF hat die Regierung C. evaluiert: hat der ökonomische Wandel begonnen?), in: "22", Nr. 30, 29.7.-4.8.1997.

Entscheidungen zum Umbau und zur Stabilisierung" etc.[24] Andererseits kommt der Regierung zugute, so Daniel Dajanu, Direktor der Rumänischen Zentralbank, im Oktober 1997 auf einer Tagung in Belgrad, daß die Masse der Rumänen die Unvermeidlichkeit tiefgreifender und auch schmerzlicher Reformmaßnahmen eingesehen hat; dasselbe gilt für Betriebe, die eine kürzliche kräftige Steigerung der Energiepreise hinnahmen (die von der Regierung nicht zuletzt als Signal verstanden wurde, "wer in der Wirtschaft bestehen kann und wer nicht, wenn wir einen realen Energiepreis haben"), und für die Gewerkschaften. Das "größte Problem" ist die sinkende Kaufkraft der Menschen, "die sich seit Jahresbeginn um 30 Prozent vermindert hat", und so "wird der bevorstehende Winter ein Test für die Geduld der Bevölkerung, und erst dann werden wir sehen, ob sie die Last dieser Reformen ertragen kann oder nicht".[25] Was das konkret hieß, war an einigen Zahlen abzulesen: Im Oktober 1997 verfügte ein durchschnittlicher rumänischer Haushalt über 839.000 Lei monatlich, also umgerechnet rund 186 DM (1 DM = 4.508 Lei[26]); ein Brot kostete über 1.000, Schweinefleisch 25.000 (kg), Milch knapp 5.000, Mehl 4.-5.000 (kg) und rumänisches Öl 10.500 Lei pro Liter, wenn es denn zu finden war. Bei diesen Preisen blieben von dem Durchschnittseinkommen monatlich nur 3.400 Lei übrig.[27]

Das alles und mehr vollzog sich aufgrund einer sehr klaren Selbst- und Lagebeurteilung der Regierungskoalition. Andere Gruppen mochten Iliescu als "dritten Gefängniswärter von Rumänien" (al treilea temnicer al România), nach den früheren KP-Führern Gheorghiu-Dej und Ceauşescu, beschimpfen[28] – die neuen Machthaber blickten tiefer: Rumänien war schon 1989 bereit, den demokratischen Entwicklungsweg einzuschlagen, und Iliescu selber hatte damals diesen Weg eröffnet. Aber er hat ihn auch bald wieder verlassen, um hinter der "demokratischen Fassade des neuen Systems" eine oligarchische Macht zu etablieren und diese mit den alten Mitteln – Günstlingswirtschaft, Medienmanipulation, Diskreditierung der Justiz, Blockade von Reformen etc.[29] – zu verteidigen. Gegen diesen Kurs stellte sich eine demokratische Opposition, die sich allein zu "Wahlzwecken" (scop electoral) zu Bündnissen zusammenschloß. Auch in Zukunft würden diese Bündnisse nicht zu programmatischer Einheit führen, vielmehr glaubte die Koalition, daß ein Großteil ihrer Stärke in der Ideenvielfalt auf demokratischem Konsens beruhte. Zwar hätten die Rumänen bei den Wahlen 1996 ein "bürgerliches Bewußtsein" offenbart, das die Regierungsarbeit erleichtern

---

[24] Corneliu Ostahie: O familie de români îşi poate cumpăra un apartament în 1000 de ani (Eine rumänische Familie kann sich so eine Wohnung erst in 1.000 Jahren kaufen), in: Privirea, Nr. 93, 15.-21.10.1997, S. 14-15.

[25] Vgl. das Interview mit Dajanu, in: Naša borba (Belgrad) 18./19.10.1997, Beilage.

[26] Kurstabelle, in: RL 15.11.1997.

[27] Berichte und Tabellen, in: Privirea, Nr. 93, 15.-21.10.1997.

[28] Octavian Paler: De ce sunt împotriva lui Ion Iliescu (Warum sie gegen I.I. sind), in: RL 8. und 12.11.1996.

[29] Detailliert zur Wirtschaftspolitik 1990-1995, vgl. Daniel Daianu: Macro-Economic Stabilization in Post-Comunist Romania, in: Stan, Romania..., a.a.O., S. 94-125; vgl. auch die Beilage: The Remaking of Romania, in: International Herald Tribune 28.10.1997.

konnte, aber diese blieb dennoch schwer genug, denn in nunmehr demokratischen Formen verberge sich oftmals noch ein Inhalt "mit schweren Reminiszenzen des Totalitarismus".[30]

Diese Reminiszenzen hatten sich in Rumänien noch stärker als in anderen postkommunistischen Ländern halten können, weil unter Iliescu eine halbtotalitäre Medienpolitik betrieben worden war: Nominell herrschte Pressefreiheit, real aber versuchte die Führung, mittels eigenwilliger Konzeptionen zum Pluralismus ("nationaler Konsens konstruktiver Tendenzen") und höchst manipulativem Umgang mit den Medien, ihr Machtmonopol im Informationsbereich zu sichern.[31] Darin war sie zum Schaden Rumäniens sehr erfolgreich, und sie wäre noch erfolgreicher gewesen, hätte ihr nicht eine untadlige Tageszeitung laufend das Konzept verdorben: *România liberă* (Freies Rumänien) hatte bereits in der Ceauşescu-Zeit unter Leitung von Octavian Paler eine gewisse Unabhängigkeit gehabt und wurde nach dem Dezember 1989 unter dem neuen Chefredakteur Petre Mihai Bacănu sehr rasch zum publizistischen "Flaggschiff" der Opposition gegen Iliescu.[32] Umgekehrt hat die Zeitung die CDR unterstützt, dies aber niemals kritiklos getan – wer immer in Rumänien die Macht hat, muß mit permanenter Aufmerksamkeit durch *România liberă* rechnen. Und für das in dieser Darstellung behandelte Thema, die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit, ist das Blatt gleich zweifach unverzichtbar: wegen der laufenden akribischen Berichterstattung über alle relevanten Fakten und wegen der wöchentlichen Beilage *Aldine* (Fettdruck), die Hintergrundberichte, Dokumentationen, historische Analysen etc. publiziert.

Die CDR und ihre Partner hatten ihre Herrschaft ohne große Illusionen und in voller Kenntnis der Schwere der Aufgaben angetreten. Man war sich auch bewußt, daß die eigene Koalition nicht für lange Dauer gefügt war – schon bald würde es zu Spannungen kommen, weil die einen mehr das Ganze im Auge hatten, die anderen eher Partikularinteressen verfolgten und dadurch "zentrifugale" Trends in das Bündnis brächten.[33] Spätestens im September 1997 war unverkennbar, daß die aus Liberalen, Nationalliberalen, Agrariern, Bürgerlichen, Christdemokraten etc. zusammengefügte CDR im Inneren zunehmenden Friktionen ausgesetzt war: Die *Nationale Christdemokratische Bauernpartei* (PNȚCD) verfügte als traditionelle rumänische Partei zwar über Macht und Einfluß, war aber in ihrer Führung überaltert (gerontocrația) und in ihrer Mitgliedschaft von einem Zerfall in "Lager" (tabere) betroffen; das betraf natürlich die ganze CDR, die aber auch keinen Weg wußte, die Koalition wieder fester zu fügen.[34] Wie es andererseits aber auch frühzeitig klar war (und auch so eingetroffen ist, wie noch zu zeigen sein wird), daß die alten, abgelösten Machthaber ihre Klientel nicht mehr würden zusammenhalten können, da sie nichts mehr für deren ausgeprägte Eigeninteressen tun konnten – der

---

30 Bogdan Ficeac: Politica românească după alegerile din 1996 (Rumänische Politik nach den Wahlen von 1996), in: RL 17., 18. und 19.12.1996.

31 Georgeta Pourchot: Mass Media and Democracy in Romania: Lessons from the Past, Prospects for the Future, in: Stan, Romania..., a.a.O., S. 67-90.

32 A.O.: Gradmesser der Pressefreiheit in Rumänien: "Romania Libera" – Geschichte eines Oppositionsblattes, in: NZZ 5.12.1991.

33 George Carpat Foche: CDR, identitatea politică şi iluziile solidarității (Die CDR, die politische Identität und die Illusionen der Solidarität), in: RL 28.1.1997.

34 Mihail Mihăilescu: România, în criză politică (Rumänien in politischer Krise), in: RL 17.9.1997.

politische Hauptgegner sah einer organisatorischen "Zersplitterung" (dezmembrăre) entgegen.[35]

Die Regierung Ciorbea besaß ein "solides Programm", aber "die Startschwierigkeiten waren viel größer, als irgendwer sie sich vorstellen konnte"[36]: Subventionen für die Landwirtschaft erwiesen sich als unumgänglich, für den Erhalt halbbankrotter Großbetriebe mußten sie sogar erhöht werden; die Freigabe der Preise für Energie und Nahrungsmittel mußte zurückgenommen werden, die Inflation schnellte von September 1996 bis Februar 1997 von etwa 20 auf über 400 Prozent hoch (konnte im Laufe des Jahres aber wieder auf den alten Wert gesenkt werden) und ähnliche Einbrüche mehr.[37] Aber es sprach doch für den "Bürgersinn" der Rumänen, daß sie diese Bürden mehr oder minder klaglos hinnahmen und in Umfragen Zufriedenheit mit der neuen Führung bekundeten:[38]

---

[35] Vladimir Alexe: România devina un stat de centru-dreapta! (Rumänien wird ein Staat rechts von der Mitte), in: RL 6.11.1996.

[36] Florin-Gabriel Mărculescu: Principiile obligă (Die Prinzipien verpflichten), in: RL 21.12.1996.

[37] Bericht, in: RL 27.2.1997.

[38] Bericht und Graphik, in: RL 10.4.1997.

	in %
unzufrieden mit eigenem Lebensstandard	76
Landesentwicklung ist auf gutem Weg	52
Regierungspolitik wird im nächsten Jahr gute Resultate haben	50
Reformprogramm der Regierung wird erfolgreich sein	50
Rumänien muß der NATO beitreten	82

Diese Voten blieben 1997 nahezu unverändert: Die Rumänen wurden nach wie vor von Sorgen geplagt – z.B. führten im Juni "Preissteigerung" (62%), "Lohnrückgang" (42%) und "Arbeitsplätze" (39%) die Sorgentabelle an –, bekundeten aber Vertrauen in die Regierung (wobei Constantinescu und Ciorbea stets Werte über 60 Prozent bekamen) und würden die CDR wieder wählen, sogar mit höheren Werten (45%) als 1996.[39] Im September 1997 waren diese Werte etwas gefallen, aber immer noch beeindruckend hoch (N = 1.189 Probanden aus 85 Orten): Constantinescu – 51%, CDR – 35% (zum Vergleich: Iliescu – 21%, PDSR – 25%).[40]

2. Neue Phase der Aufarbeitung der Vergangenheit

2.1 Um die Wahrheit der Revolution vom Dezember 1989

Mit dem Antritt der neuen Führung änderte sich auch die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in doppelter Weise. Zum einen wurde die Praxis aufgegeben, diese Problematik allein auf die Ceauşescu-Zeit zu beziehen und auch nur in dieser verengten Weise zu behandeln. Nun war Ceauşescu zwar jahrzehntelang in parteilichen Führungspositionen präsent, aber anfänglich nicht in den wirklichen Entscheidungsgremien. In diesen aber wurden in den frühen 50er Jahren die berüchtigsten Massendeportationen und Schauprozesse beschlossen, und diese Beschlüsse gingen direkt auf ideologische Grundpositionen des Kommunismus – "neuer Mensch" (omul nou), "Klassenfeind" (duşmanul de clasă), "Diktatur des Proletariats" (dictatura proletariatului) etc. – zurück, wie erst jetzt dokumentiert werden konnte.[41] Zu Iliescus Zeiten war es eine gängige Praxis, zwar Ceauşescu mehr oder minder zu kritisieren, ihm aber auch einiges gutzuschreiben – etwa eine "Entsowjetisierung der Geheimdienste" um 1968; das aber war eine bewußte Täuschung, denn zum einen wurden bei dieser "Entsowjetisierung" nur nationale Strukturen aufgebaut,

---

39 Berichte und Graphiken zu Umfrageergebnissen, in: RL 5.2., 1.4., 10.6., 1.7., 15.8. und 3.9.1997.

40 Bericht und Graphik, in: "22", Nr. 42, 21.-27.10.1997.

41 Lavinia Betea: Fantasme pietrificate: miturile comunismului (Versteinerte Phantasmen: Mythen des Kommunismus), in: RL 25.10.1997.

und zum zweiten ging die sowjetische Geheimdienstüberwachung Rumäniens weiter, in besser getarnter Weise.[42]

Hinzu kam ein zweiter, spezifisch rumänischer Aspekt: Von Anfang an sah sich die neue Führung dem Druck derer ausgesetzt, die die Wahrheit über den kommunistischen Terror bis 1989 und über die Verfälschungen und Manipulationen der Jahre 1990 bis 1996 mit allen Konsequenzen ans Tageslicht bringen wollten. Anfänglich dominierte die Konzentration auf die jüngste Vergangenheit, denn "sieben Jahre sind verflossen, seit Hunderte unschuldiger Menschen auf den Straßen von Timişoara, Bukarest und anderen rumänischen Städten getötet oder verkrüppelt wurden, jedoch blieben die damaligen Verbrechen, obwohl vor den Augen der ganzen Welt begangen, ungesühnt. (...) Wenn sich in diesem Land wirklich etwas geändert hat, wenn sich die gegenwärtige Macht durch das Vermächtnis der damals Getöteten legitimiert, dann muß die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen. (...) Die Verbrecher sind bekannt. Selbst wenn das dahingeschiedene Regime Iliescu sie beschützt und besoldet hat".[43]

Aber wie sollte man die verlangte Gerechtigkeit üben, wenn die Ereignisse vom Dezember 1989 für niemanden mehr durchschaubar waren,[44] wenn Rumänien auch nach neun Monaten neuer Regierung noch über eine Justiz verfügte, die sich in Geist und Organisation kaum von der kommunistischen "Klassenjustiz" früherer Jahrzehnte unterschied? Der neue Justizminister Valeriu Stoica – Jahrgang 1953, Jurist, Hochschullehrer, Mitglied internationaler Organisationen, Abgeordneter der *Nationalliberalen Partei* (Partidul Naţional Liberal, PNL) – wußte, in welch "drastischer Weise" (în mod drastic) die rumänischen Zustände und Gesetze vom Europarat kritisiert worden waren, und bemühte sich um eine Reform, die die Justiz effizienter, unabhängiger, verantwortlicher und fachlich besser machen sollte.[45]

Unter diesen Umständen tat die Regierung, was sie tun konnte: Sie bemühte sich, die Revolution von 1989 in möglichst wahrem Licht darzustellen, und überließ es im übrigen interessierten Gruppen, alle zur Aufklärung nötigen Fakten zu eruieren und zu publizieren. Konkret: Am 16. Dezember 1996 geschah es erstmalig in Timişoara – "Seelen-Hauptstadt der Rumänen" (Capitală de suflet a românilor) laut Bürgermeister Gheorghe Ciuhandu –, daß das Staatsoberhaupt bei den jährlichen Gedenkfeiern zum Ausbruch der Revolution 1989 anwesend war. Iliescu hatte so etwas stets abgelehnt, Constantinescu war zugegen, weihte ein Denkmal ein, sprach vom Signal, das damals von dieser "Heldenstadt" (oraş-erou) oder "Märtyrerstadt" (oraş-martir) ausgegangen waren, und versprach: "Wir werden die Wahrheit herausfinden, denn die Wahrheit wird uns frei machen".[46] Das eigentliche "Herausfinden" delegierte der Präsident dann an Organisationen wie die Stiftung "Bürger-Akademie"

---

[42] Gabriela Adameşteanu: Desovietizarea (Entsowjetisierung), in: "22", Nr. 18, 6.-12.5.1997.

[43] Kommentar von Mihai Creangă, in: RL 21.12.1996.

[44] Detailliert dazu Peter Sinai-Davies: Romanian Revolution or Coup d'état? A Theoretical View of the Events of December 1989, in: Communist and Post-Communist Studies, Nr. 4/1996, S. 453-465.

[45] Vgl. das Interview mit ihm, in: RL 2.9.1997.

[46] Berichte und Auszüge aus Constantinescus Rede, in: RL 17.12.1996.

(Fundaţia "Academia Civică") und die Vereinigung "Memorial der Revolution Timişoara" (Asociaţia "Memorialul Revoluţiei-Timişoara"), die – mit Unterstützung des Europarats – am 18./19. Dezember 1996 das internationale Symposion "Ein Rätsel, das sieben Jahre währt" (O enigmă, care împlineşte şapte ani) ausrichtete. Dabei wurde viel darüber geredet, wie es möglich war, daß die gewissermaßen konstruktive Gewalt der Revolution bereits nach sechs Monaten von der destruktiven Gewalt des Iliescu-Regimes, das Proteste durch angebliche Bergarbeiter niederknüppeln ließ, so überwältigt wurde, daß dieses Regime bis zum Jahresende 1996 fortbestehen konnte. Was wußten die Geheimdienste in Rumänien und im Ausland, wer stand hinter der Iliescu-Gruppe? Und ähnliche Fragen mehr,[47] die nach allgemeiner Meinung nur beantwortet werden könnten, wenn man freien Zugang zu vielen Archiven hätte. Was dabei etwa ans Tageslicht kommen könnte, demonstrierte der amerikanische Teilnehmer Thomas S. Blanton, Direktor der NGO "Nationale Sicherheitsarchive" in Washington, der dem Symposion ein einmaliges Dokument präsentierte: Am 24. Dezember 1989 hatte der US-Botschafter in Moskau, Jack Matlock, versucht, Gorbačev oder Ševardnadze zu bewegen, Truppen nach Rumänien zu entsenden und dort für Ordnung zu sorgen – die USA "würden so etwas nicht als Anwendung der Brežnev-Doktrin ansehen". Die Sowjets lehnten das Ansinnen auf der Stelle ab, da sie sich nicht mehr irgendwo "einmischen" wollten.[48]

Ob die Iliescu-Gruppe damals auf ein mehr oder minder direktes Eingreifen der UdSSR in Rumänien hoffte, wird man vermutlich nie erfahren. Als gesichert aber kann angesehen werden,[49] daß es in jenen bewegten Monaten in Rumänien zwei Umstürze gegeben hat, einen veritablen *Volksaufstand* (răscoală populară) und einen *Staatsstreich* (lovitură de stat). Ersterer bereitete den Boden für einen radikalen Systemwechsel – der von letzterem verhindert wurde. Eine kleine "Gegen-Elite" (contra-elită) übernahm die Macht, um sie im Sinne eines liberalisierten, humanisierten, modernisierten kommunistischen Modells in enger Anlehnung an eine von Gorbačev refomierte Sowjetunion auszuüben. Aus all dem resultierte nur, daß Rumänien für sieben Jahre aus dem in ganz Osteuropa aufkommenden Streben nach "individueller Freiheit, ökonomischer Normalität, Wiederbesinnung auf die Werte der Zivilisation und Annäherung des Landes an westliche Systeme der Wirtschaft, Politik und Sicherheit" ausgeschlossen blieb.[50]

"Die Revolution wurde gestohlen" (revoluţia a fost furată) – dieses Gefühl beherrschte die Masse der Rumänen jahrelang, aber auch scharfsinnigste Hypothesen führten nicht zu der Erkenntnis, was an der Jahreswende 1989/90 in Rumänien wirklich passierte.[51] Man kennt nur,

---

47 Vgl. die Auszüge aus den Tagungsreferaten, in: RL 24.12.1996.

48 Vgl. das Interview mit Blanton, in: RL 18.1.1997.

49 Anneli Ute Gabanyi: Revoluţiile europene ale anului 1989 (Die europäischen Revolutionen von 1989), in: RL 18.1.1997.

50 Ebd.

51 Vgl. z.B. Constantin Gh.M. Şerbănescu: Decembrie '89 – emanaţii cu două feţe, chipul adevărului rămâne unul (Dezember '89 – Ausstrahlungen mit zwei Gesichtern, aber es gibt nur ein wahres Bild), in: RL 3.5. 1997.

aus eigener langjähriger Erfahrung, die Folgen der damaligen Ereignisse: Es entstand ein "neuer Typ von Klientelbeziehungen, wie sie typisch für das ehemalige totalitäre Regime" gewesen waren, diesmal von Iliescu als "Kapitalismus mit Genossen-Antlitz" (capitalismul cu față tovărășească) realisiert. Das hat sich zwar nach den Wahlen 1996 materiell geändert, weil die alten Machthaber nicht mehr den Zugriff auf öffentlichen Besitz und die Medien haben, nicht aber personell: Es gibt nach wie vor die drei Parteien, die die im November 1996 geschaffenen "Prämissen für die Konsolidierung eines authentischen demokratischen Systems" bedrohen – Iliescus PDSR (die sich demokratisch gab, aber im Ausland nicht so anerkannt wurde), Tudors PRM ("Asyl der ehemaligen *Securitate*-Leute und der aggresiven Nomenklaturisten") und die nationalistische PUNR des (vermutlich zurückgetretenen) Gheorghe Funar. Im heutigen "Rumänien existiert keine demokratische Opposition", wohl aber die Gefahr eines politischen Extremismus, die nur durch den raschen Erfolg des CDR-Reformprogramms beseitigt werden könnte.[52]

Was kann die Regierung unter diesen Umständen tun? Sie kann möglichst viel Material zum Dezember 1989 veröffentlichen – etwa militärische Pläne zur Niederschlagung des Aufstands, die unter dem Tarnnamen "Oastea cea mare" (Große Armee) zusammengefaßt waren[53] –, desgleichen Materialien zum Prozeß gegen Ceauşescu von Weihnachten 1989, um die von Iliescu nach Kräften verwirrte Frage zu klären, ob es sich dabei nicht gewissermaßen um ein "Bauernopfer" der *Securitate* gehandelt hatte.[54] Viel mehr kann die Regierung direkt nicht tun, denn seit Jahresbeginn hat die gestürzte Iliescu-Führung eine neue Taktik gewählt, um die Revolution von 1989 dennoch in die Hand zu bekommen und eigene Anhänger dadurch "reinzuwaschen", daß man sie nachträglich zu revolutionären "Helden" (eroi) und "Kämpfern mit außergewöhnlichen Meriten" (luptători cu merite deosebite) macht.[55]

Diese Taktik wurde auch schon vorher angewendet, allerdings mehr in verborgener Weise und zumeist in Verbindung mit Beförderungen der Betroffenen.[56] Da diese einträgliche Kombination nicht mehr möglich war, verlegte man sich darauf, die Zahl der "Helden" und "Kämpfer" zunächst willkürlich aufzublähen und sie dann als antidemokratischen Stoßtrupp zu vereinnahmen – alles in einer staunenswerten Unverfrorenheit. Beispielsweise entstand im Frühjahr 1997 eine *Nationalföderation der Revolutionäre Rumäniens* (Federală Națională a Revoluționarilor din România), die als "Gründungs-" und "Ehrenmitglieder" u.a. Ion Iliescu, Corneliu Vadim Tudor, Adrian Păunescu, Gheoghe Funar etc. aufführte, was nur heißen konnte, daß "die wahren Revolutionäre kompromittiert werden".[57] Vermutlich war diese Organisation die Nachfolgerin einer *Nationalen Konföderation der Revolutionäre Rumäniens*

---

[52] Bogdan Ficeac: Paradoxul democrației incipiente (Das Paradoxon der begonnenen Demokratie), in: RL 6.3. 1997.

[53] In: RL 18., 21., 28.12.1996.

[54] In: RL 9.8.1997.

[55] Vgl. dazu Berthold Köhler: Zu viele Helden in Rumänien – Die Revolution von 1989 erregt die Gemüter, in: FAZ 28.10.1997.

[56] Bericht, in: RL 14.1.1997.

[57] Bericht, in: RL 29.3.1997.

(Confederaţia Naţională a Revoluţionarilor din România, CNRR), deren "Ehrenpräsident" (preşedinte de onoare) Iliescu am 3. Dezember 1996 geworden war.[58] Was es mit diesen "Revolutionären" auf sich hat, demonstrierte das Nachrichtenmagazin *Privirea* mit einer Karte: In Rumänien tragen die Städte Timişoara, Cluj, Sibiu, Braşov und Bukarest offiziell den Titel "Märtyrerstadt" (Oraş martir); daneben gibt es noch 35 Städte, "in denen eine oder mehrere legal gegründete Organisationen existieren, ungeachtet der Tatsache, daß dort im Dezember 1989 nichts oder fast nichts passierte".[59]

In Rumänien gibt es mindestens 60 "revolutionäre" Organisationen – soviele hatten Anfang Mai 1997 in Bukarest eine Demonstration "PRO NATO" zu den Botschaften der NATO-Staaten organisiert[60] –, und das sind, milde gesagt, einige Dutzend zuviel. Natürlich gibt es auch ehrenwerte Organisationen wie etwa die "Gesellschaft Timişoara", die in dem "festen Willen, die Ideale der Revolution in Timişoara vom Dezember 1989 nicht zu verraten", agiert.[61] Und natürlich war es eine honorige Idee, verdiente Akteure des damaligen Volksaufstands mit Titeln wie "Held und Märtyrer" (Erou Martir) oder "Kämpfer für den Sieg der rumänischen Revolution vom Dezember 1989" (Luptător pentru victoria revoluţiei române din decembrie 1989) zu dekorieren, aber weil "Kugeln und Orden selten den Richtigen treffen" (wie man auf dem Balkan sagt), muß gegenwärtig festgestellt werden, daß solche Titel und Ehrungen häufig genug an höchst Unwürdige gingen. So etwas diskreditiert die Idee, die früheren Kämpfe und die heutigen Organisationen wie etwa die *Assoziation "21. Dezember 1989"* (Asociaţia "21 Decembrie 1989"), die für das Vermächtnis der Kämpfe und Kämpfer eintraten und nun ehemalige "Terroristen" aus ihren Reihen werfen müssen. Und sie können diese überhaupt nur hinauswerfen, weil deren Rolle, in den Iliescu-Jahren sorgsam verheimlicht, jetzt erst bekannt wurde.[62]

Bereits 1990 wurde das "Gesetz Nr. 42" erlassen, das mittels bestimmter "Kommissionen" ermitteln wollte, wer in welcher Rolle und mit welchem Effekt an der Revolution teilgenommen hatte. Das Ergebnis dieser Prüfungen sollte in abgestuften "Zertifikaten" für *Teilnehmer* (participanţi), *Verwundete* (răniţi) *Aktivisten* (reţinuţi), *Anführer* (remarcaţi) und *Märtyrer-Helden* ausgewiesen werden. Doch dann entdeckte man 1997 Druckereien, in denen im Auftrag von Iliescus PDSR knapp 54.000 solche "Zertifikate" gedruckt worden waren.[63]

Das Ergebnis war eine völlige Konfusion. Im Parlament formierte sich eine Gruppe aus CDR- und PD-Abgeordneten, die eine Novellierung des Gesetzes Nr. 42/1990 forderten; um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, legten die Abgeordneten ihre eigenen und wohlerworbenen "Zertifikate" ab, verzichteten auf die mit diesen verbundenen Steuervorteile und machten

---

58 Retrospectiva anului..., a.a.O.

59 Bericht von Brînduşa Nicolae, in: Privirea Nr. 95, 29.10., 4.11.1997, S. 62-63.

60 Bildbericht, in: RL 9.5.1997.

61 Vgl. die ausführliche Dokumentation ihrer Aktionen in: Timişoara internaţional, Nr. 74, November 1997.

62 Fl. Ircea Corcoz: Terorişti care au devenit "revoluţionari" (Terroristen, die "Revolutionäre" wurden), in: RL 12.4.1997.

63 Bericht, in: RL 21.5.1997.

die ganze Aktion auch noch namentlich in den Medien publik.[64] Das wiederum brachte in Bukarest zahlreiche "revolutionäre" Vereinigungen auf die Barrikaden: Sie erklärten der Regierung den "Krieg" (război) und drohten mit organisierten Massenprotesten.[65] Und der unbetroffenen Beobachter konnte nur rätseln, ob sich hier verärgerte ehrenwerte Revolutionäre äußerten oder ob die Iliescu-Taktik bereits aufgegangen war, die CDR-Regierung durch Manipulation und Instrumentalisierung des revolutionären Erbes unter innenpolitischen Druck zu setzen. Die Regierung beschloß Mitte Oktober 1997 eine Änderung des Gesetzes "im Sinne einer Abschaffung von Privilegien" (în sensul desființării privilegilor)[66] und blieb bei ihrem Entschluß, als in Bukarest hungerstreikende "Revolutionäre" sie zu einer Sinnesänderung zwingen wollten.[67] Denen bedeutete Präsident Constantinescu kühl in einem *Offenen Brief* (Scrisoare deschisă), daß die Entscheidung darüber im Parlament gefallen sei, also im Vollzug jener Demokratie, für die das rumänische Volk im Dezember 1989 gekämpft hatte.[68]

2.2 Um die Koordinaten des "rumänischen Gulag"

2.2.1 "Memorial Sighet"

Wo muß eine "Aufarbeitung des Kommunismus" eigentlich einsetzen? Wenn man den Anfang des rumänischen Kommunismus auf das Jahr 1947 datiert, dann ist damit im Grunde wenig gesagt über Ereignisse und Entwicklungen, die diesem Datum vorausgingen und es möglich machten: 1939 beispielsweise, als der Hitler-Stalin-Pakt das 1918 freiwillig zu Rumänien gekommene Besarabien den Sowjets zurückgab. Aus diesem Anfang resultierten die Kriegsbeteiligung Rumäniens auf deutscher Seite, die sowjetische Okkupation Rumäniens 1944, der monatelange Streit um die Rückgabe Nord-Siebenbürgens, die den Kommunisten zuarbeitende Regierung Petru Groza, Wahlfälschungen 1947, Abschaffung der Monarchie, Propaganda für die Gründung von "Kolchosen" und vor allem eine jahrelange Welle von Verhaftungen und Verurteilungen, die etwa zwei Millionen Menschen erfaßte und unter den Schlagworten "Defaschisierung" (defascizărea) und "Bestrafung der Schuldigen" (pedepsirea vinovaților) ablief.

In diesem Umfang wird die Aufgabe der Aufarbeitung von der "Stiftung Bürger-Akademie" unter Leitung der Dichterin Ana Blandiana – 1942 in Timişoara geboren, seit 1965 mit Veröffentlichungen präsent, in den 70er Jahren mit Preisen dekoriert, 1984 mit einem Publikationsverbot belegt[69] – aufgefaßt. Diese Stiftung ist nicht mit der *Kulturstiftung Memoria* (Fundația Culturală Memoria), hinter der der Schriftstellerverband Rumäniens (Uniunea Scriitorilor din

---

[64] Bericht, in: RL 26.9.1997.

[65] Bericht, in: RL 24.9.1997.

[66] Bericht, in: RL 15.10.1997.

[67] Bericht, in: RL 20.10.1997.

[68] Wortlaut, in: Dreptatea, Nr. 160, 29.10.-4.11.1997.

[69] Biographien bei Mircea Zaciu (Hrsg.): Scriitori români (Rumänische Schriftsteller), Bukarest 1978, S. 80 ff.; Stefana Sabin (Hrsg.): Rumänien erzählt, Frankfurt/M. 1991, S.224.

România) steht und die die inhaltlich, dokumentarisch und künstlerisch anspruchsvolle Zeitschrift "Memoria" herausgibt, zu verwechseln. Diese Stiftung hatte sich bereits 1993 bemüht, in der nordrumänischen Stadt Sighet, früher Ort eines der schlimmsten kommunistischen Todeslager, ein "Memorial" zu schaffen, und sie hatte zu diesem Zweck in Sighet ein Symposion ausgerichtet, das aber – trotz Unterstützung durch einige Organisationen und durch die Stadtverwaltung – kein größeres Echo hatte.[70] Erfolgreicher war letztendlich Ana Blandiana mit ihrem ähnlichen und seit 1992 verfolgten Plan eines "Memorial Sighet", für das sie 1993, zusammen mit dem Schriftsteller Romulus Rusan, auch vor dem Europarat warb.[71] Am 20. Juni 1997 konnte in Sighet das *Memorial für die Opfer des Kommunismus und für den Widerstand* (Memorialul Victimelor Comunismului şi al Rezinstenţei) feierlich eröffnet werden.[72] Zum Memorial gehören u.a. ein Museum und ein *Raum der Besinnung und des Gebets* (Spaţiul de Reculegere şi Rugăciune), die beide am Eröffnungstag bereits allgemein zugänglich waren und von den Veranstaltern für das internationale Symposion "Das Jahr 1947 – Als der Vorhang fiel" (Anul 1947 – Căderea Cortinei) genutzt wurden.[73] Zwei Wochen zuvor hatte in Sighet bereits das Symposion "Das Jahr 1946 – Der Anfang vom Ende (Institutionen, Mentalitäten, Ereignisse)" (Anul 1946 – începutul sfârşitului/instituţii, mentalităţi, evenimente/) stattgefunden, dessen Referate in der neuen Serie *Sighet-Annalen* (Analele Sighet) publiziert wurden. Eben diese Kombination aus Gedenkstätte und wissenschaftlicher Forschung (samt Publikationen) verspricht ein hohes Maß an Aufklärung, denn bis zum Ende des Ceauşescu-Regimes war der internationale Kenntnisstand über dessen "Gulag" außerordentlich dürftig.[74]

Das Memorial Sighet hat als Signet zwei ineinander verschwänkte Kreise, der eine aus Stacheldraht und der andere aus den Europa-Sternen gebildet, die in "einfacher, sogar suggestiver Weise" als Symbole "des Leidens und der Hoffnung" wirken sollen.[75] In diesem Geist war auch das Symposion gehalten, das zahlreiche Vorträge und dokumentarische Aussagen zu bislang verschwiegenen Untaten des kommunistischen Regimes brachte.[76] Mit besonderem Interesse wurden Ausführungen und Dokumente zur *Operation "Tămădău"* aufgenommen: An diesem Ort war am 14. Juli 1947 fast die gesamte Führungsspitze der *Nationalen Bauernpartei* (Partidul Naţional Ţărănesc, PNŢ) unter dem Vorwand festgenommen worden, sie habe per Flugzeug in die Türkei flüchten wollen.[77] Tatsächlich handelte es sich um eine vom Geheimdienst inszenierte Falle, die vor allem den Parteiführer Iuliu Maniu treffen sollte.[78] Maniu (1873 – 1953) wurde am 19. Juli 1947 verhaftet und in

---

70 Nach verstreuten Angaben, in: Memoria 16 (Mai 1996).

71 Bericht, in: RL 28.6.1997.

72 Bogdan Ficeac: Sighet – începutul adevărului (S. – Beginn der Wahrheit), in: RL 26.6.1997.

73 Romulus Rusan: Sighet – Memorie, adevăr, căinţă (S. – Erinnerung, Wahrheit, Reue), in: RL 12.7.1997.

74 Vgl. Romania, Amnesty International Briefing, Paper, No. 17, 1980.

75 Abbildung und Erläuterung, in: RL 28.6.1997.

76 Berichte, in: RL 23. und 24.6.1997.

77 Zeitgnössisches Dokument zu der Aktion, in: RL 12.7.1997.

78 Cicerone Ioniţoiu: Aşa a fost înscenarea de la Tămădău (So war die Inszenierung von T.), in: RL 14.7.1997.

einem späteren Schauprozeß zu insgesamt 154 (!) Jahren Haft verurteilt.[79] Aber das war natürlich eine Farce: Maniu war *der* charismatische Politiker der Zwischenkriegszeit, der 1918 die Vereinigung des (bis dahin ungarischen) Transsilvanien mit dem rumänischen Königreich in die Wege geleitet hatte und später dreimal Ministerpräsident gewesen war. Nach 1944 hatte sich Maniu zum Hauptexponenten der antikommunistischen Opposition entwickelt und u.a. in einem Manifest *An die Nation* (Către națiune) am 1. Dezember 1946 die Regierung beschuldigt, sie habe "das infernalische Arsenal des Hitlerismus perfektioniert"; er rief zum "Kampf gegen Diktatur und Tyrannei" auf und forderte die Rumänen auf: "Reißt den Tyrannen die Masken von ihren Gesichtern".[80] In seiner Oppositionshaltung fuhr Maniu auch nach dem Februar 1947 fort, als die Kommunisten durch massive Fälschungen die Wahlen "gewonnen" hatten und daraufhin Rumänien zu Friedensverhandlungen eingeladen wurde. Kurz darauf erfolgten, wie erwähnt, seine Verhaftung und Verurteilung. Anfänglich war Maniu in Galați, später in Sighet inhaftiert, wo er am 5. Februar 1953 starb und an einem unbekannten Ort begraben wurde.[81] Vor allem seinetwegen suchte (Ex-)König Mihai Sighet auf, als er im August 1997 Rumänien besuchte, denn "hier waren die Mitglieder der historischen Parteien eingekerkert".[82]

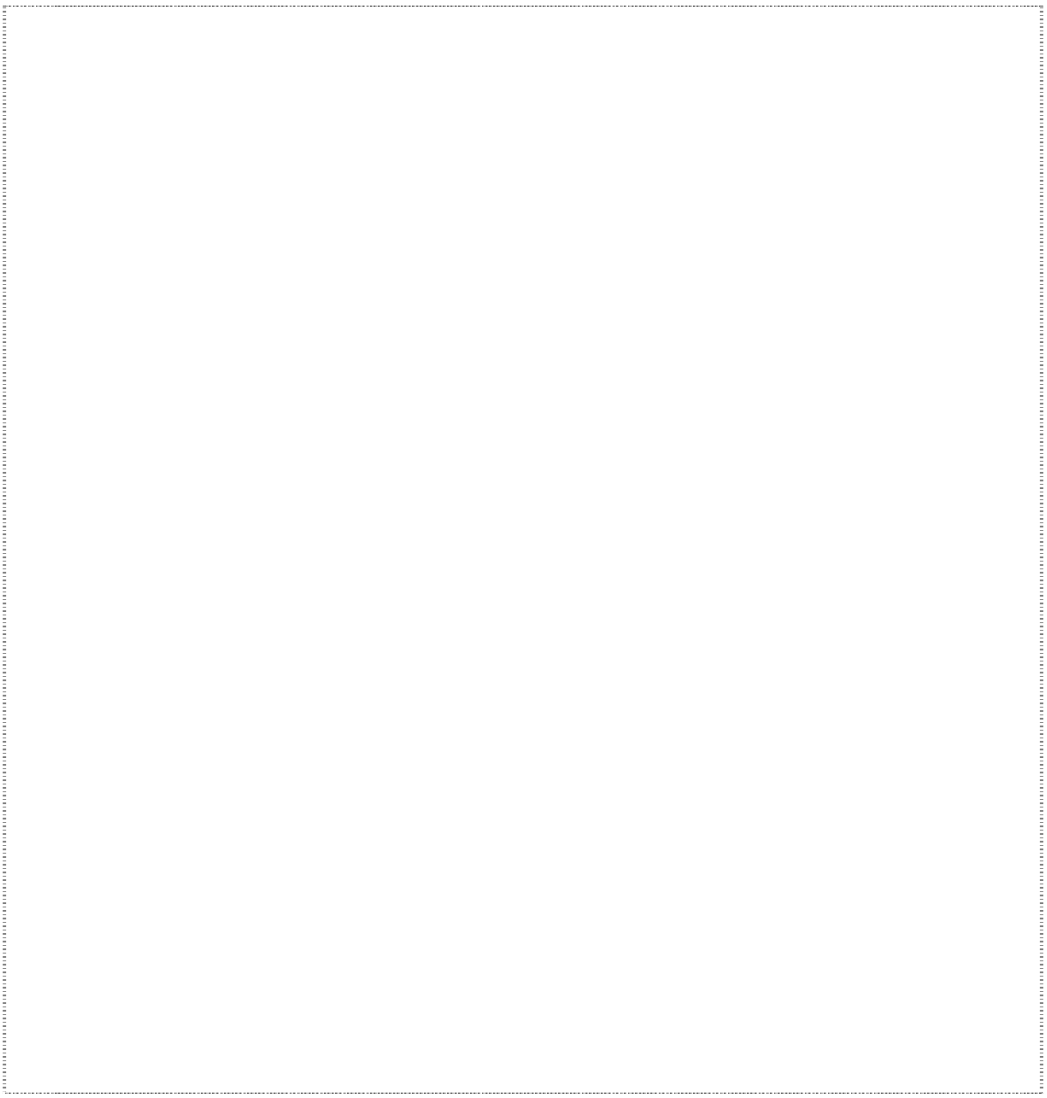
---

[79] Biographie, in: RL 4.2.1997.

[80] Wortlaut, in: Memoria 16 (Mai 1996), S. 8-12.

[81] Dinu Băcăuanu: Iuliu Maniu, in: Memoria 16 (Mai 1996), S. 18-29.

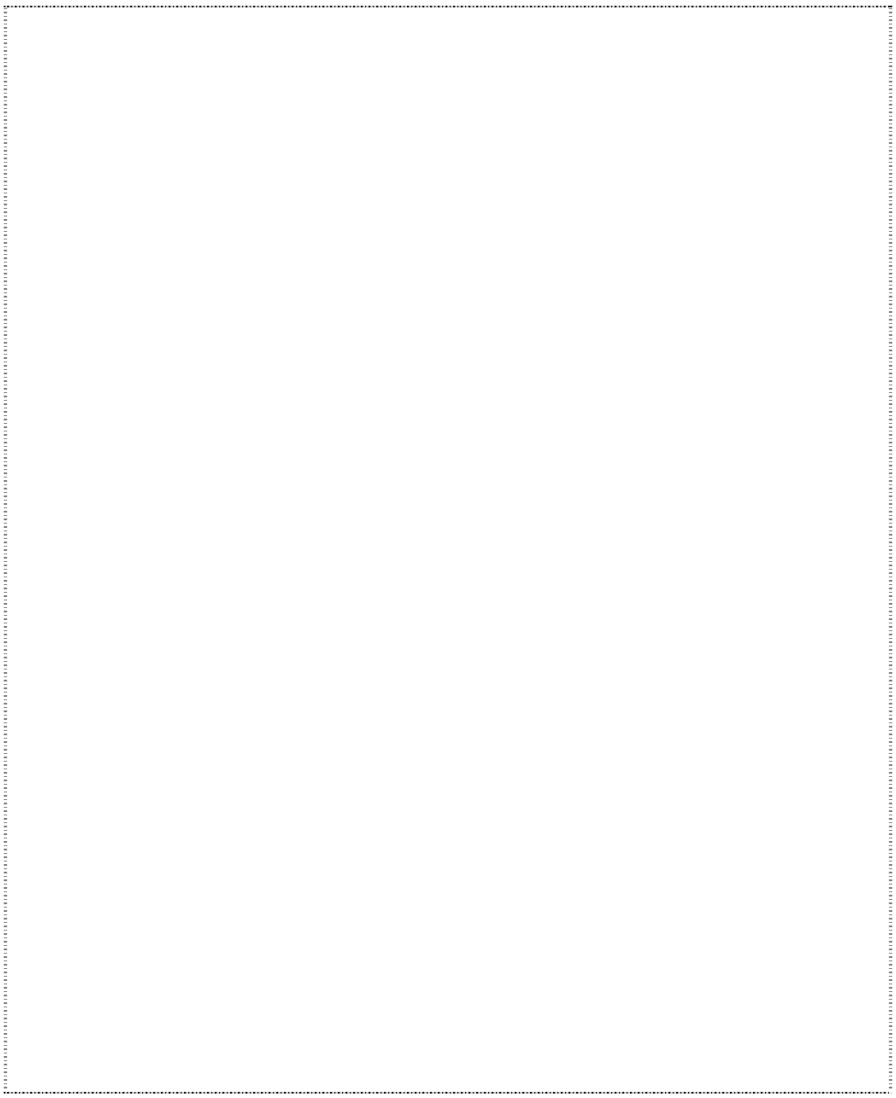
[82] Bericht, in: RL 6.8.1997.



Wie aus den beigefügten Karten[83] zu ersehen ist, war ganz Rumänien von einem Netz kommunistischer Zwangs- und Arbeitslager überzogen. Im westlichen Rumänien war die Gesamtzahl dieser Anstalten zwar geringer als im Osten, aber es spricht viel dafür, daß die Lager hier für die Gefangenen schrecklicher waren. Das gilt insbesondere für Gherla, das in den Jahren 1958-1964 eine Art rumänisches Auschwitz war – Hinrichtungsräume (in denen unter anderem 24 Jugendliche exekutiert wurden), Folterkeller, Dunkelzellen, unterirdische Spezialzellen für Frauen etc. Zwar hat schon Paul Goma vor Jahrzehnten in seinen Büchern über Gherla berichtet, aber zugänglich für Rumänen wurde es erst im Sommer 1997, als man dort ebenfalls ein Museum einrichtete. Aus diesem Anlaß schickte Präsident Constantinescu

[83] Diese Karten sind Teile einer Karte, die in Memoria 16 (Mai 1996) veröffentlicht wurde; wegen besserer Übersichtlichkeit und Verbindung zum Text wird sie hier in drei Teilen wiedergegeben. Zudem war im Original über der Karte ein andersfarbiger Text gedruckt, der sie in der Kopie partiell unleserlich machte, weswegen die obige Teilkarte (West-Rumänien) vom Autor nachgezeichnet wurde (W.O.).

eine Botschaft, in der er den Wunsch ausdrückte, daß vor allem Jugendliche sich hier über die jüngere Vergangenheit ihres Landes informieren sollten.[84]



2.2.2 "Salcia" und andere Zwangsarbeitslager im rumänischen Osten

Aus der obenstehenden Karte wird die größere "Dichte" der kommunistischen Lager im Osten Rumäniens deutlich. Aber was kann eine solche Karte aussagen? Beispielsweise ist auf ihr unter zahlreichen anderen Orten auch Târgu Ocna aufgeführt, doch kann auf einer Karte die Bewandtnis eines Ortes nicht erläutert werden. Târgu Ocna war Sitz des größten *Haftkrankenhauses* (Penitenciar-sanatoriu), in das kranke Gefangene aus dem ganzen Land verlegt wurden – Studenten aus Piteşti, Intellektuelle aus Aiud, Arbeiter aus Gherla oder aus dem Zwangsarbeitskomplex *Donau-Schwarzmeer-Kanal* (canalul Dunăre-Marea Neagră) etc. Dennoch ist Târgu Ocna der immer noch unbekannteste Punkt des rumänischen Gulag.

---

[84] Irina Pop: Gherla – locul simbol al spiritului anticomunist (G. – symbolischer Ort für antikommunistischen Geist), in: RL 9.9.1997.

Hierher wurden Gefangene im letzten Stadium der Entkräftung gebracht, hier gingen ihre Leiden weiter, und kaum jemand hat Târgu Ocna überlebt. Es gab nur sehr wenige Medikamente – die in aller Regel nur ausgegeben wurden, wenn der Patient einwilligte, Spitzel unter seinen Mitgefangenen zu werden. Wer das ablehnte, mußte sterben. Trotzdem hatten einige Gefangene überlebt – die 1958 erneut zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt wurden, weil sie angeblich die "Zerstörung der sozialistischen Ordnung" geplant hatten.[85] Charakteristisch dafür war das Schicksal von Ion Gh. Mituca, Jahrgang 1919: 1948 war er wegen "konterrevolutionärer Aktivität", begangen in einer "subversiven Widerstandsgruppe" im Banat, zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, 1954 zu weiteren fünf Jahren wegen versuchten Grenzübertritts. 1955 war er amnestiert worden und hatte ein zwanzigseitiges Manifest über die Haftbedingungen politischer Gefangener in Rumänien verfaßt, das er an Bekannte weitergab. Alle, die damit in Berührung gekommen waren, wurden 1960 zu zwanzig (oder weniger) Jahren *Zwangsarbeit* (muncă silnică) verurteilt.[86] Erst im Mai 1997 wurden die Gruppenmitglieder rehabilitiert, wovon die ganze rumänische Öffentlichkeit erfuhr – Rehabilitierungen unter Iliescu waren, wenn es sie überhaupt gab, in allergrößter Heimlichkeit erfolgt.[87]

Weil der Kenntnisstand zu anderen Lagern ähnlich dürftig ist, hat die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit 1997 neue methodische Wege beschritten: Ana Blandiana und ihre *Bürger-Akademie* haben zu Jahresbeginn die Aktion "Ihr Leben wird Teil der Geschichte" (Viaţa Dumneavoastră face parte din istorie) gestartet: Wer immer etwas berichten möchte "über das Leben in den letzten Jahrzehnten", kann das schriftlich ("maximal 10 Seiten") oder mündlich in der Bukarester Zentrale (Piaţa Amzei 13, Postfach 22-216, Tel. 659-59-09, Fax 312-58-54) tun.[88] So etwas wird in Rumänien "mündliche Geschichte" (istorie orală) genannt und auch anderswo praktiziert. Im Frühjahr 1997 wurde z.B. am Historischen Institut "A.D. Xenopol" in Iaşi ein "Atelier für mündliche Geschichte" eröffnet, das unter der Leitung von Dr. Gheorghe Onişoru Zeugnisse "über die Märtyrer des antibolschewistischen Widerstands der Region Moldau" sammelt.[89] An der "Babeş-Bolyai"-Universität in Cluj (Transsilvanien) wurde im September 1997 ebenfalls ein "Institut für mündliche Geschichte" geschaffen, das sich speziell um den bewaffneten antikommunistischen Widerstand kümmern wird, der nach 1949 in den umliegenden Bergen operierte.[90] Das ist schon darum wichtig, als es über diesen Widerstand bislang nur fragmentarische Berichte, verfaßt von Rumänen im

---

85 Gheorghe Penciu: În amintirea martirilor de la Târgu Ocna (Im Gedenken an die Märtyrer von T.), in: RL 15.7.1997.

86 Detailliert dazu Mihai Giugariu (Hrsg.): Prigoana – Documente ale procesului C. Noica, C. Pillat, N. Steinhardt, Al. Paleologu, A. Acterian, S.Al. George, Al.O. Teodoreanu etc. (Verfolgung – Dokumente des Prozesses gegen...), Bukarest 1996.

87 Nicolae Balotă: Recursul în anulare: reabilitări adevărate sau false (Berufung in der Ungültigmachung: wahre und falsche Rehabilitierungen), in: RL 27.5.1997.

88 Wortlaut des Aufrufs, in: RL 21.2.1997.

89 Bericht, in: RL 15.4.1997.

90 Bericht, in: RL 18.9.1997.

Ausland, gab.[91] Daneben finden sich überregionale Themen in der "mündlichen Geschichte", etwa eine "Befragung der Gruppe Maniu" (Überlebende, Angehörige etc.), die weitere Erkenntnisse über das Ende Manius erbrachte.[92]

Vermutlich wird es die "mündliche Geschichte" auch schaffen, Dinge zur Sprache zu bringen, die bislang kaum oder gar nicht geäußert wurden, weil sie schlichtweg zu furchtbar waren: die sadistischen Quälereien der Gefangenen (etwa mittels der "spanischen Jungfrau" /fecioara spaniolă/, d.h. einführen glühender Metallstücke in den Anus), Dunkelhaft (detenție la "neagra"), verabreichen von Psychopharmaka, Prügelstrafen der schlimmsten Art, Zuweisung von "Zwangswohnungen" (domiciliul obligatoriu, D.O.) samt vorgeschriebener Arbeit nach etwaigen Entlassungen und der ständige Druck, Informant der Geheimpolizei zu werden.[93]

Was solche Unternehmen (hoffentlich) leisten können, wird einsehbar, wenn man die wenigen Kenntnisse sammelt, die beispielsweise über den Lagerkomplex "Salcia" vorliegen: Auf der Karte ist er südlich von Galați zu finden, wobei einige Lager – Strâmba, Bac u.a. – nicht einmal aufgeführt sind. Der gesamte Komplex war im Donaudelta von Brăila, auf der *Großen Insel von Brăila* (Insula/Balta/Mare a Brăilei), untergebracht. Diese Insel umfaßt 60.000 ha Land und ist seit 1810 bewohnt, obwohl die jährlichen Überschwemmungen menschliches Leben dort im Grunde unmöglich machten. In den 50er Jahren wurde beschlossen, sie durch einen Damm von 156 km Länge zu sichern, und politische Gefangene mußten 46.800.000 Kubikmeter Erde bewegen, um den 15 Meter hohen und 15 bis 25 Meter breiten Damm aufzuschütten. Die tägliche Norm betrug 3,2 Kubikmeter pro Gefangenen, Nichterfüllung wurde mit 25 Stockschlägen geahndet. Dabei war es kaum möglich, diese barbarische Norm zu erfüllen, denn die Arbeits-, Ernährungs- und Gesundheitsbedingungen in Salcia waren einfach unvorstellbar. Die Bewachung bestand aus Soldaten und Offizieren, die sich wegen irgendwelcher Vergehen "rehabilitieren" mußten und dies vor allem durch brutalstes Vorgehen gegen die Gefangenen taten. Zudem sorgte eine permanente Rattenplage (an die sich alle Überlebenden noch mit Grauen erinnern) immer wieder für Epidemien, und im Gefolge von all dem "sind hier Zehntausende oder Hunderttausende Menschen gestorben". Wer nicht starb, war dennoch in gewisser Weise "tot": Den Gefangenen war jeder Kontakt mit der Außenwelt verboten, selbst Briefe oder Päckchen von daheim durften nicht empfangen werden. Die Familien hielten ihre in "Salcia" inhaftierten Angehörigen für verstorben, und als nach 1960 erste Entlassungen vorkamen, sollen sich in "vielen Häusern schreckliche Familienszenen abgespielt" haben. Auf der Insel blieben wenige Überlebende (von denen die letzten zwei 1996 starben) und mehr ehemalige Bewacher zurück; letztere haben natürlich kein Interesse daran, die wahre Geschichte von "Salcia" zu berichten – lieber erzählen sie Märchen der Art, daß "die Gefangenen nach dem Arbeitsprogramm Fußball spielten".[94]

---

91 Vgl. Traian Golea: Romania Beyond the Limits of Endurance – A Desperate Appeal to the Free World, Miami Beach 1988.

92 Wortlaut, in: RL 12.7.1997.

93 Bericht von Vladimir Alexe, in: RL 23.10.1997.

94 Mihai Mihăilescu: Digul morții (Der Todesdamm), in: RL 21.7.1997.

2.2.3 Der rumänische Gulag außerhalb Rumäniens

Der vermutlich interessanteste Aspekt der rumänischen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit ist der, daß man mit wachsender Souveränität die rumänischen Staatsgrenzen "vergißt" und beispielsweise über den Prut ostwärts blickt, wo bis zum Nistru ja auch Rumänen leben. Diese Region, Bukovina und Besarabien, gehörte von 1918 bis 1940 zu Rumänien, mußte dann infolge des Hitler-Stalin-Pakts an Moskau abgetreten werden; im Zweiten Weltkrieg war sie für kurze Jahre wieder Teil Rumäniens, ab 1944 aber wieder im Bestand der Sowjetunion.[95] Bereits im Sommer 1989 hatte die dortige Führung erklärt, daß Ethnizität und Sprache der meisten Einwohner des Landes *rumänisch* seien, und später hatte es den Anschein, als sei die Wiedervereinigung mit Rumänien nur noch eine Sache von Monaten – nachdem im Dezember 1989 sogar das sowjetische Parlament den Hitler-Stalin-Pakt als "von Anfang an null und nichtig" erklärt hatte. Ministerpräsident der Moldova war damals Mircea Druc, der 1959 der geheimen "Nationalen Befreiungsbewegung" (Mişcarea de eliberare națională) gewesen war und der nun erklärte, daß "wir Rumänen sind und uns jederzeit mit Rumänien vereinigen können". Druc stand auch hinter den riesigen Demonstrationen, die in der Hauptstadt Chişinău forderten, die Vereinigung mit Rumänien von 1918 zu bestätigen, das Ultimatum im Gefolge des Hitler-Stalin-Pakts zu negieren und das Land sofort aus der Sowjetunion herauszulösen. Dazu kam es indessen nicht, weil die "Gorbačevisten" Iliescu (Bukarest) und Snegur (Chişinău) es nicht wollten, Gorbačev selber sowieso nicht.[96] Seither herrscht in *Moldavien* die Angst, die eine offene Auseinandersetzung mit der eigenen kommunistischen Vergangenheit verhindert.[97] Zudem hat das Land seit den Wahlen von 1996 mit Petru Lucinschi einen neuen Präsidenten, der in einem polarisierten Parteienspektrum mühsam die Balance wahren muß und sein Wahlversprechen der "Stabilität und Prosperität" für die *Republica Moldova* angesichts wachsender Wirtschaftsprobleme immer weniger wahrmachen kann. Die *demokratischen und prorumänischen Parteien* (partidele democrate şi filoromâne) haben sich im Juni 1997 zur *Demokratischen Konvention Moldovas* (Convenția Democrată din Moldova, CDM) zusammengeschlossen, aber ihre Chancen stehen schlecht. Vor allem ist das "nationale Problem" ungelöst, daß nämlich die "rumänische Mehrheitsbevölkerung" immer stärker hinter der "russophonen Minorität" verschwindet, und diese nährt starke "Nostalgie" nach sowjetischen Zeiten.[98] Auf rumänischer Seite denken viele nicht daran, die *Teritorile Ocupate* östlich des Prut aufzugeben: Ihre Losung heißt *Unionismus* (unionismul), und der wird verstanden als "der Versuch einer (natürlich friedlichen) Rückgewinnung der 1940 verlorenen rumänischen Territorien".[99] In der Moldova gibt es Gleichgesinnte, und für die "gibt es weder Iliescu noch

---

95 Detailliert Teofil Crăciun: Istorie adevărată, istorie falsificată (Wahre Geschichte, gefälschte Geschichte), in: RL 29.3.1997.

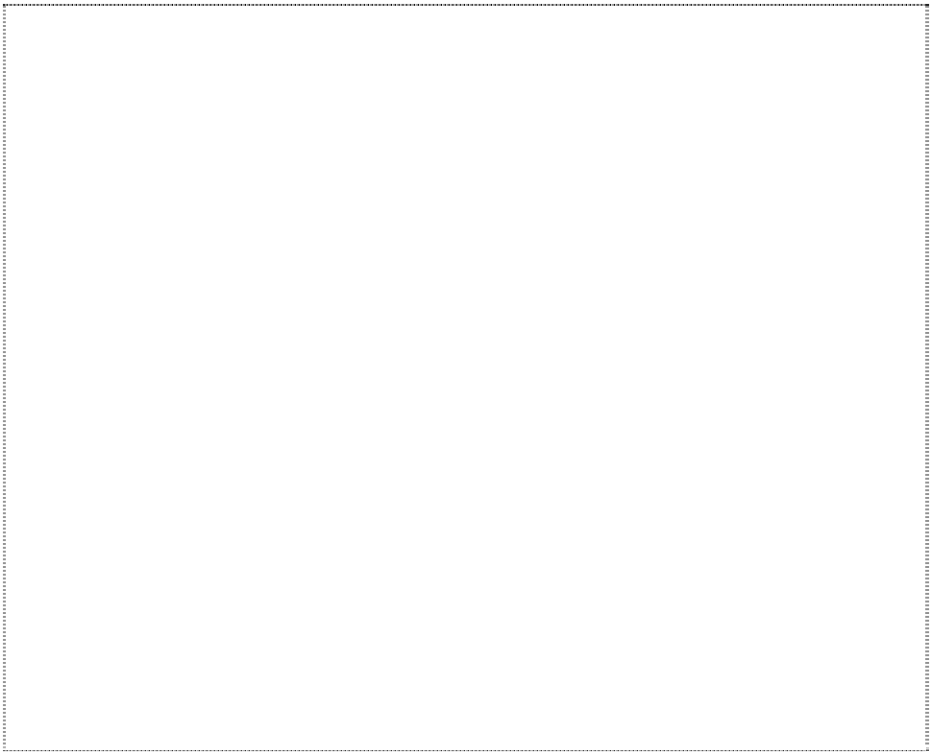
96 Vgl. das Interview mit Druc, in: RL 24.5.1997.

97 Vitalie Ciobanu: Tăcerea martorilor (Das Schweigen der Zeugen), in: RL 26.9.1997.

98 Vgl. das Interview mit Vitalie Ciobanu aus der Hauptstadt Chişinău, in: RL 18.10.1997.

99 Victor Bârsan: Unionismul ca desovietizare (Der Unionismus als Entsowjetisierung), in: RL 29.3.1997.

Constantinescu, es gibt Rumänien, es gibt die Macht in Bukarest, die nach unserer Ansicht gut und adäquat oder inadäquat handelt".[100]



Auf absehbare Zeit bleibt Rumänien jedoch wenig mehr, als über Institutionen wie die *Rumänische Kulturstiftung* (Fundația Culturală Română) einen gewissen Einfluß in *Basarabia* und über diesen das Bewußtsein gemeinsamer Romanität aufrechtzuerhalten. In dieselbe Richtung weist auch die "ausgeweitete" Aufarbeitung des Kommunismus, die im Falle Moldova vor allem deren brutale Russifizierung in der Vergangenheit zu dokumentieren hat. Erstes Instrument der Russifizierung war die totale Isolation der Moldova von Rumänien – Sowjetbürger konnten früher Visa für Jugoslawien (1964) oder die DDR (1965) als für Rumänien (März 1966) bekommen. Hinzu kam, daß von der Moldova im Norden und Süden große Regionen abgetrennt und der Ukraine zugeschlagen wurden, was permanente Spannungen zwischen beiden schuf. Autochthone wurden von Staatsfunktionen planmäßig ferngehalten: Die Ministerien des Landes waren entweder solche der "Union" oder der "Republik". An der Spitze eines "Unionsministeriums" stand der entsprechende Minister der UdSSR, der sich in Chişinău durch einen "Repräsentanten" vertreten ließ; zu solcher Art von Ministerien gehörten im Grunde alle von Bedeutung: Inneres, Auswärtiges, Verteidigung, Finanzen, Justiz, Landwirtschaft, Ernährungsindustrie, Konsumgüter, Transport, Kultur, Gesundheit etc. "Republikminister" wurden vom Obersten Sowjet Moldovas bestimmt und waren für minder bedeutsame Ressorts wie Soziales, Kommunalverwaltung, Bauten, Schulwesen etc. zuständig. Gewissermaßen als Revanche mieden die Menschen darum die Kommunistische Partei, die stets das schlechteste numerische Verhältnis Parteimitglieder pro

[100] Interview mit Druc..., a.a.O.

Einwohner aller Sowjetrepubliken aufwies, zudem nur 40 Prozent Autochthone, während diese in der Bevölkerung 65,4 Prozent stellten. Umgekehrt wurden Staatsposten auf allen Ebenen bevorzugt an Bewerber vergeben, die aus russischen Regionen zugezogen waren. Ein wesentliches Moment der Russifizierung war schließlich noch der drei- bis vierjährige Wehrdienst, zu dem die jungen Männer verpflichtet waren, den sie aber weit von ihrer Heimat ableisten mußten.[101]

Hinter dieser (halb)offiziellen Fassade vollzog sich der politische Terror gegen die Rumänen Moldovas, der noch schwerer als der in Rumänien aufzuarbeiten ist. Man kennt mittlerweile die Standorte der wichtigsten Zwangsarbeitslager – vgl. die Karte auf S. 23 –, weiß ansonsten aber nicht viel. Das ist verständlich, da es in den später 40er und frühen 50er Jahren eine intensive Verbindung des unterirdischen Widerstands Nordost-Rumäniens und Moldovas gab, der in geheimster Zusammenarbeit sowjetischer und rumänischer Sicherheitsorgane bekämpft wurde. Hinzu kam die ebenfalls streng geheime Kooperation gegen das benachbarte Jugoslawien, dessen Staatschef Tito damals einen heftigen Konflikt mit Stalin austrug. Diese Geheimhaltung steht einer heutigen Aufarbeitung noch immer entgegen. In Rumänien hofft man, mittels Befragungen und Erzählungen von Zeitzeugen ("mündliche Geschichte") Licht in dieses Dunkel zu bringen.[102]

3. Um den Zugang zu den Securitate-Dossiers

Nach der Revolution vom Dezember 1989 wurde das Securitate-Archiv zuerst beim Verteidigungsministerium aufbewahrt, von dort dem später entstandenen neuen Geheimdienst übergeben. Es handelte sich, so offizielle Angaben, um 1.267.984 Dossiers der "operativen Verfolgung" und um 603.333 "Netzdossiers" von insgesamt 425.965 Menschen, die mit der Securitate im Laufe der Zeit kollaboriert hatten. Aber diese Angaben wurden von Anfang an als unzureichend betrachtet, und die Iliescu-Führung tat alles, um den Zugang zu den Dossiers zu erschweren. Offiziell war es nicht verboten, die eigenen Dossiers einzusehen, tatsächlich aber nicht möglich, weil diese ganz gezielt als politisches Erpressungsmittel genutzt wurden: Wenn man die Opposition in Mißkredit bringen wollte, kursierten plötzlich Dossiers, während andere unter strengem Verschluß gehalten wurden.[103]

Fast zeitgleich mit dem Antreten der neuen Führung Rumäniens begannen jedoch neue Versuche, die ganze Wahrheit über die Vergangenheit offenzulegen und dazu vor allem die Dossiers des ehemaligen Geheimdienstes *Securitate* zugänglich zu machen. Hinter diesen Versuchen steht speziell Constantin Ticu Dumitrescu, Vorsitzender der *Vereinigung Ehemaliger Politischer Gefangener Rumäniens* (Asociația Foştilor Deținuți din România,

---

101 George Ciorănescu: Rusificarea Basarabiei româneşti (Die Russifizierung des rumänischen Besarabiens), in: Memoria 16 (Mai 1996), S. 32-41.

102 Erste dokumentarische Aussagen, in: RL 7.6.1997.

103 Serban Orescu: Der Zugang zu den Dokumenten der ehemaligen Securitate ist in Rumänien verboten, in: Tobias Hollitzer (Hrsg.): Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch? Plädoyers gegen die öffentliche Verdrängung, Opladen 1996, S. 44-48.

AFDPR), der für die PNŢCD im Senat sitzt. Zusammen mit gleichgesinnten Parlamentariern – Th. Stanca (Timişoara), Sergiu Rizescu (Piteşti) und Eugen Hilote (Botoşani) – versteht er sich jedoch in erster Linie als Sachwalter der ehemaligen Gefangenen, und soweit sich diese unter den CDR-Abgeordneten finden, sollten sie nach der Absicht der Dumitrescu-Gruppe zu einer "außerparteilichen Parlamentarier-Gruppe" (grup parlamentar extrapartidic) zusammengefaßt werden. Diese Gruppe nannte sich nach dem ehemaligen Vorsitzenden der Bauernpartei "Gruppe der moralischen Wache und der Haltung Corneliu Coposu"[104] (Grupul de veghe morală şi atitudine C.C.), und ihre einzige Absicht war, was Dumitrescu bereits im Februar 1990 gesagt hatte: Die ehemaligen Gefangenen haben Leid und Unrecht am eigenen Leib ertragen und wollen nicht, daß das Leid anderer vergessen wird. Demselben Zweck diente auch die "Strafanzeige", die die AFDPR am 2. September 1991 beim Generalstaatsanwalt eingereicht hatte, um damals einen "Prozeß gegen den Kommunismus" zu starten. Von einem solchen Prozeß ist kaum noch die Rede, dafür kündigte Dumitrescu jedoch das Projekt eines Gesetzes zur "Dekonspiration der Securitate als politische Partei und für das Recht des Bürgers auf sein eigenes Dossier" an. Zur Begründung fuhr er schweres Geschütz auf: Die "moralische Gesundung der rumänischen Gesellschaft" könne nicht ohne "Wahrheit" geschehen – "moralische Reformen" seien wichtiger als "wirtschaftliche Reformen"; das Versprechen des neuen Präsidenten, "nur die Wahrheit über den Dezember '89" zu sagen, sei zu mißbilligen, denn noch lebten "Hunderttausend ehemalige politische Gefangene und Opfer des Kommunismus", dazu "Millionen" mitbetroffener Angehöriger, während die zumeist unbetroffenen Securitate-Leute wieder in höchste Positionen gelangten.[105]

In ähnlicher Weise hat sich Dumitrescu noch häufiger zu Wort gemeldet, wobei er seinem Anliegen auch auf andere Weise Nachdruck verschaffte. Bereits im Frühjahr 1994 hatte er in Berlin die Gauck-Behörde besucht und später über deren Arbeit im rumänischen Senat berichtet.[106] Offenkundig hatte dieser Bericht kein größeres Echo, denn ab Jahresbeginn 1997 insistierte Dumitrescu immer nachhaltiger, sich die "Lektion der 'Gauck-Behörde' und die deutsche Erfahrung generell" zu eigen zu machen.[107] Andere Autoren fragten eindringlich: "Ist jetzt ein legislativer Akt nötig, der das Recht verbügt, sein eigenes Dossier zu kennen? Kategorisch ja!"[108]

---

[104] Corneliu Coposu, 1916-1996, gehörte 1937-1947 zur obersten Führungsspitze der PNŢ und war 1947-1964 aus politischen Gründen inhaftiert. 1964 amnestiert, wurde er ständig von der Securitate überwacht, was nach 1990 vom Regime mehrfach als Beweis einer Kollaboration mit dieser gewertet wurde. Im Dezember 1989 war C. zum Vorsitzenden der neugegründeten *Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei* (Partidul Naţional Ţărănesc Creştin Democrat, PNŢCD) gewählt (Dicţionar Enciplopedic Bd. I, Bukarest 1993, S. 454).

[105] Wortlaut der Erklärung, in: RL 14.1.1997.

[106] Auszüge aus diesem Bericht, in: RL 5.4.1997.

[107] Constantin Ticu Dumitrescu: Din nou despre deconspirarea Securităţii (Nochmals über die Dekonspiration der Securitate), in: RL 8.2.1997.

[108] Ioan Munteanu: Dreptul la adevăr (Das Recht auf Wahrheit), in: RL 14.2.1997.

Die Forderung war also klar: Die Securitate, der "Repressionsapparat" der *Kommunistischen Partei Rumäniens* (Partidul Comunist Român), "organisiert nach dem Modell des NKWD und KGB", muß in allen Einzelheiten "dekonspiriert" werden, oder jede Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit wird Stückwerk bleiben.[109] In der Praxis erwies sich dies aber als kaum möglich: Auch die neue Führung glaubte nicht, ohne einen Geheimdienst auskommen zu können, und im Schutz dieser "Kontinuität" konnten sich viele alte Securitate-Leute wieder einmal tarnen. Im übrigen konnte man immer darauf verweisen, daß an der Jahreswende 1989/ 90 viele Akten verschwunden oder zerstört wurden, wofür der neue Geheimdienst *Rumänischer Informationsdienst* (Serviciul Român de Informaţii, SRI) nicht verantwortlich gemacht werden dürfte, da es ihn damals noch nicht gab. Im Grunde herrschte und herrscht weiter in Rumänien ein absichtlich herbeigeführtes Chaos: Akten und Archivbestände wurden über diverse Archive so verteilt, daß ein Überblick kaum noch möglich war – Gesetze der jüngeren Vergangenheit, Sicherheistfragen und Geheimdeinste betreffend, sorgten für zusätzliche Verwirrung. Das Resultat von all dem war und bleibt bis auf weiteres ärgerlich: Die Securitate hat früher alle rumänischen Intellektuellen als verdächtige Personen beargwöhnt – seit 1990 fühlen sich alle Rumänen wie unmündige Kinder (copii) behandelt, die nicht einmal erfahren, wieviele Mitarbeiter die Securitate hatte, geschweige denn den Inhalt ihrer Akten und Dossiers.[110]

Unter diesen tragikomischen Umständen war es unvermeidlich, daß das Beispiel der deutschen Gauck-Behörde in Rumänien noch großartiger erscheinen mußte, als es das gemeinhin schon tat. Gauck selber war bereits 1992 in Rumänien gewesen, 1994 erneut auf Einladung der *Alianţa Civică,* und ganz allgemein war die rumänische Öffentlichkeit bestens über alle Details der Gauck-Behörde informiert. Das war Absicht, denn "das rumänische 'Modell' ist das Gegenteil des deutschen, weil es, allen öffentlichen Erklärungen zum Trotz, die Strukturen der Securitate bewahrt hat"[111]. Anfang Juni 1997 besuchte Gauck Rumänien erneut, diesmal vom Abgeordnetenhaus (Camera Deputaţilor) eingeladen, um über deutsche Erfahrungen zu berichten und den Befürwortern der "Dekonspiration" die erwünschte Schützenhilfe – auch im Gespräch mit Präsident Constantinescu – zu geben: "Der Zugang zu den Dossiers der ehemaligen Securitate ist ein Lebenselement der Demokratie, und ich hoffe, daß in Rumänien der politische Wille besteht, diesen Zugang zu den Dossiers zu beschließen, um so Ihr Volk geistig zu befreien".[112] Bereits runde zwei Monate früher hatten die Senatoren Constantin Ticu Dumitrescu und Nicolae Cerveni ihren Gesetzvorschlag eingebracht, der diesen Zugang ermöglichen sollte; im Grunde handelte es sich um den Versuch, eine rumänische Gauck-Behörde zu schaffen, das "Nationalkomitee zum Studium der Securitate-Archive" (Comitetul Naţional pentru Studierea Arhivelor Securităţii); dieses sollte dieselben

---

[109] Petru Ionescu: Accesul la dosarul de securitate – accesul la procesul comunismului (Der Zugang zum Securitate-Dossier ist der Zugang zum Prozeß gegen den Kommunismus), in: RL 21.3.1997.

[110] Vgl. den Wortlaut einer Podiumsdiskussion mit Archivdirektoren, dem Geheimdienstchef Virgil Măgureanu, Ana Blandiana, Dumitrescu etc., in: RL 8.3.1997.

[111] Rodica Palade: Accesul la dosare (Der Zugang zu den Dossiers), in: "22", Nr. 24, 17.-23.6.1997.

[112] Bericht, in: RL 6.6.1997.

Kompetenzen wie sein deutsches Vorbild haben – in einem Fall sogar weit größere: Das "Comitet" sollte alle Institutionen und Personen, die Materialien der Securitate besaßen, verpflichten, ihm diese auszuhändigen – wer die Herausgabe verweigerte, sollte mit Haft von zwei bis acht Jahren bestraft werden.[113]

Vielleicht waren es diese letztlich undurchführbaren Bestimmungen, die selbst Wohlmeinenden das "Gesetzprojekt als vermutlich etwas simpel" erscheinen ließen; mehr aber noch bemängelten diese die "kindischen Dispute" (dispute copilăreşti), die um das Unternehmen ausbrachen und dazu führten, daß "eine Öffnung des Zugangs zu den Securitate-Dossiers niemanden mehr schrecken kann": Weil diese (vermutlich) niemals eintreten wird, denn "nur wir und die Russen haben kein Gesetz für die Dossiers der ehemaligen politischen Polizei"[114]. In Rumänien trugen die ungewöhnliche Kompliziertheit der ganzen Materie und die absehbar erschreckenden Folgen dazu bei, daß man sich die Öffnung der Dossiers mehr als einmal überlegte. Generell war es so, daß die Securitate seit 1948 *zwei* Arten von Dossiers führte. Zum einen waren das die Dossiers der "allgemeinen informativen Verfolgung" (urmărirea informativă generală), die von der *Generaldirektion für Volkssicherheit* (Direcţia Generală a Securităţii Poporului, DGSP) über "jeden Bürger Rumäniens" angelegt worden waren. Zum zweiten gab es die Dossiers der "speziellen informativen Verfolgung" (urmărirea informativă specială, UIS), die zu "Volksfeinden" und anderen Mißliebigen geführt wurden. Während die ersteren Dossiers mehr oder minder harmlos gewesen sein dürften, waren die UIS eine Art Freibrief für jede Form von Verfolgung, Zwang und Repressalien gegen Individuen und deren Familien. Damit nicht genug, wurden die UIS von gewissen Menschen als Mittel genutzt, um "Rivalen beruflich zu eliminieren", und das mutmaßlich auch von "ehrenwerten Wissenschaftlern (bis hinauf in die Akademie)". Dahinter verbirgt sich, nach Meinung rumänischer Sachkenner, das ungemein schwere Problem, wie man zwischen sozusagen "normaler" Kollaboration und charakterloser Kumpanei mit der Securitate (straf)rechtlich unterscheiden soll, zumal einige der Täter heute im Parlament sitzen könnten.[115]

Dumitrescu selber hatte gehofft, daß die im Sommer 1997 in Albanien ausbrechenden Unruhen eine "Lektion" dafür seien, was in einem Staat passieren könnte, der alle "Ehemaligen" unbehelligt eine "Solidarität des Mafia-Typs" schaffen ließe.[116] Auf seiner Seite waren vor allem die National-Liberalen (PNL), die in den nun ausbrechenden Diskussionen einen Beleg dafür fanden, "daß die einen weniger als andere geneigt sind, die Vergangenheit politischer Figuren bekannt werden zu lassen", und die dafür votierten, Namenslisten ehemaliger Securitate-Informanten in der Presse zu veröffentlichen.[117] In Dumitrescus eigener Partei sah man das anders: Die PNŢD-Führung lehnte das Projekt in der

---

[113] Wortlaut, in: RL 5.4.1997.

[114] Petre Mihai Băcanu: Pentru ceea ce auf făcut... (Für die, die es getan haben), in: RL 17.9.1997.

[115] Vladimir Alexe: O arhivă ultrasecretă – "Urmărirea Informativă Specială" (Ein höchstgeheimes Archiv – Die "Informative Spezialverfolgung"), in: RL 30.10.1997.

[116] Constantin Ticu Dumitrescu: Fiat lux!, in: RL 5.8.1997.

[117] Vgl. das Interview mit PNL-Vizechef Crin Antonescu, in: RL 30.10.1997.

vorliegenden Form ab und formierte eine Kommission zu dessen "Verbesserung". Als Modell dafür wurde empfohlen, sich "vor allem an das Gesetz zu den STASI-Dokumenten, das von Pastor Joachim Gauck entworfen wurde", zu halten. Das wiederum brachte Kritiker auf den Plan, die zu Recht darauf verwiesen, daß Dumitrescu gerade "vom Gauck-Gesetz inspiriert" worden war. Im Grunde wollte die Partei so ein Gesetz nicht: Vize-Parteichef Nicolae Ionescu-Galbeni erklärte, "daß er das Gesetz für den Zugang zu den Securitate-Dossiers für nicht opportun hielte" , beschuldigte Dumitrescu "verleumderischer Anklagen, erhoben in letzter Zeit", und zitierte ihn vor den "Ehren- und Disziplinarausschuß" der Partei, "um über seine gesamten Aktivitäten und Haltungen zu sprechen und zu entscheiden". Dumitrescu lehnte es ab, "an so einem Zirkus beteiligt zu sein".[118] Das mußte er auch nicht, denn der ganze Fall hatte bereits im Ausland Aufsehen erreicht und erste Irritationen über Vorgänge innerhalb der CDR hervorgerufen.[119] Aber dennoch erklärte der Innenminister Gavril Dejeu (PNŢD), vor der Geheimdienst-Kommission des Parlaments, man wolle Dumitrescu "moralisch und politisch vernichten", sich bei dieser "Vernichtung" (anihilare) aber nach "westlichen Standards" richten.[120] Anfang Oktober 1997 beschloß der "Ehrenausschuß", Dumitrescus Parteimitgliedschaft für ein Jahr zu suspendieren – was dem Senator prompt Solidaritätserklärungen von lokalen PNŢD-Organisationen einbrachte.[121] Einen Monat später griff der Streit auf die AFDPR über, die vom PNŢD-Vorsitzenden, dem greisen Ion Diaconescu (der selber 17 Jahre in kommunistischen Lagern verbrachte), in die Spaltung getrieben wurde: In Bukarest fand ein Kongreß der AFDPR-Teile statt, die zu Diaconescu standen und Cicerone Ioaniţoiu zum neuen Vorsitzenden wählten. Kurz darauf tagte in Braşov die AFDPR-Mehrheit, die Dumitrescu mit großer Mehrheit in seinem Führungsamt bestätigte.[122]

Die Taktik der PNŢD mag überzogen sein, aber sie liegt nicht außerhalb eines bestimmten Trends: In Rumänien schwindet das politische Interesse an dem Problem der Dossiers, da niemand weiß, was da wohl auf Individuen und die Gesellschaft zukommt. Die Fülle der Imponderabilien ist so gewaltig – wieviele Dossiers, mit oder ohne Angaben über die Informanten, wer wacht über den Zugang und ähnliche ungeklärte Fragen mehr –, die Möglichkeiten tiefgehender politischer Verwicklungen so unübersehbar, desgleichen die der auswärtigen Konflikte, die den Gegenstand restlos verwirrende Pressepolitik des SRI ist so geschickt, daß es nach gerade "inopportun" erscheint, die Dossiers zu öffnen. Wenigstens erklärte Außenminister Adrian Severin: "Glauben Sie mir doch: Öffnen Sie die Dossiers nicht". Und eben darauf wird, allem Anschein nach, der bevorstehende "große Kompromiß" (mare compromis) hinauslaufen.[123]

---

[118] Bericht, in: RL 6.9.1997.

[119] Roxane Iordache: Cazuri minore? (Kleinigkeiten), in: RL 20.9.1997.

[120] Bericht, in: RL 9.9.1997.

[121] Bericht, in: RL 4.10.1997.

[122] Bericht, in: Timişoara internaţional Nr. 74, November 1997.

[123] Bericht von Dan Suciu, in: Privirea Nr. 93, 15.-21.10.1997, S. 8-9.

Oder auch nicht, denn Ende Oktober 1997 beschloß die Regierung – nach zweitägiger Debatte –, den Bürgern den Zugang zu den eigenen Dossiers und zu denen von Politikern zu erlauben. Zudem wurden "hohe Beamte" verpflichtet, "jede Aktivität offenzulegen, die mit der Securitate in Verbindung steht", und die entsprechenden "Akten würden auch den Medien zur Verfügung gestellt".[124] Allerdings war offenkundig, daß der Effekt nicht übermäßig groß sein würde: Viele Dossiers waren verschwunden, "Millionen" mutmaßlicher Zuträger der Securitate würden nicht mehr auszumachen sein, die Regierung war über dem Problem zutiefst gespalten, und einige Grundkriterien waren nicht mehr zu fixieren: Konnte man z.B. die ungezählten ehemaligen Gefangenen, die in den Lagern unter unmenschlichen Torturen zur Kollaboration gezwungen worden waren, wirklich als "Informatoren" der Securitate ansehen? Als Grundmangel erschien indessen, daß das neue Gesetz Politikern erlaubte, ohne Einblick der Öffentlichkeit und lediglich innerhalb ihrer eigenen Parteien "verifiziert" zu werden – "mit großen Chancen dafür, daß sich die Parlamentarier dieser Formationen im Bedarfsfall einer hinter dem anderen verstecken".[125]

Es blieben bittere Erkenntnisse: Die "strebsamen Diener des kommunistischen Regimes" haben nichts mehr zu befürchten, denn "Stimmen voll schrecklicher Dreistigkeit haben die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung vom Grundproblem abgelenkt, nämlich die Dekonspirierung der Agenten und freiwilligen Helfer der Securitate, die für die Tötung von Hunderttausenden Menschen und für die Zerstörung von Millionen Schicksalen sind". Und: "Eine derartige krankhafte Kampagne wäre nicht möglich gewesen, wenn man noch 1990 Gesetze zur Dekonspiration Securitate und zur Lustration erlassen hätte".[126]

Bedeutsam für Rumäniens Zukunft dürfte indessen sein, daß das ganze Problem *mehr* unliebsame Aufmerksamkeit im Ausland erweckte, als der Führung Rumäniens lieb und dem Land dienlich sein kann. Bereits im April 1997 bekam Bukarest "diskrete Signale" aus den USA, "daß es mit Geheimdiensten, die von alten *Securişti* geführt werden, nicht in die NATO hineinkommen kann". Dabei war wohl die Rede von Ion Talpeş, einem Vertrauten Iliescus und dessen Verbindungsmann nach Moskau, später Chef des *Auslands-Informationdienstes* (Serviciul de Informaţii Externe, SIE), General Decebal Ilina, Militär-Attaché aus den Zeiten Ceauşescus, Oberst Gh. Atudoroaie, im Dezember 1989 Vizechef der Securitate von Timişoara, später SRI-Chef der "Zone West" und andere, deren Aktivitäten beispielsweise unter skandalösen Begleitumständen in der Schweiz aufgeflogen waren.[127] Constantinescu "opferte" am 25. April 1997 zunächst den SRI-Chef Virgil Măgureanu, den er eigentlich hatte halten wollen, da sich der SRI unter seiner Leitung auf sozusagen "normale" Aufgaben – Kampf gegen die Korruption, Überwachung von Links- und Rechtsextremismus etc. –

---

[124] Berichte, in: FAZ und Financial Times 20.10.1997.

[125] Bericht von Vladimir Alexe, in: RL 23.10.1997.

[126] Roxana Iordache: Deconspirarea Securităţii sau culpabilizarea victimelor? (Dekonspiration der S. oder Beschuldigung der Opfer?), in: RL 4.10.1997.

[127] Bericht, in: "22", Nr. 31, 5.-11.8.1997.

konzentriert hatte.[128] Später ließ Premier Ciorbea in Brüssel erkennen, daß dieser Wechsel wohl von westlichen Gesprächspartnern sehr nachdrücklich angeregt worden war.[129] Der neue SRI-Leiter wurde Costin Georgescu, sein Stellvertreter Mircea Gheordunescu, aber "in der Mehrheit bleiben die alten *Securişti*, die ihre Funktionen weiter bekleiden". Offenkundig ist es selbst für einen Staatspräsidenten schwer, in diesem undurchdringlichen Geflecht Ordnung zu schaffen, aber Constantinescus Wille dazu scheint unverkennbar: Neuer SIE-Chef wurde Cătălin Harnagea (*1958), ein ehemaliger Bauingenieur, später ein auslandserfahrener Journalist, zudem 1996 oberster Manager der erfolgreichen Wahlkampagnen Ciorbeas, Constantinescus und der CDR.[130]

Rumänische Kommentatoren drängen Constantinescu zu radikalen Änderungen in den oberen Etagen des SRI: In seiner jetzigen Gestalt trage er zuviel "Securitate-Ballast" und sei "ein größeres Risiko für die nationale Sicherheit" – und zwar in ganz direkter Weise, nämlich durch Präsenz im *Obersten Rat für Landesverteidigung* (Consiliul Superior de Apărare aȚării, CSAȚ).[131]

4. Gegenwärtiger Linksextremismus in Rumänien

Wie weiter oben bereits angesprochen, ist es seit Jahren von geradezu grotesker Schwierigkeit, in Rumänien "linke" Parteien auszumachen. Im Lande selber behalfen sich Kommentatoren so, daß sie die "rumänische Linke" (Stânga românească) anfänglich in vier Untergruppen einteilten:[132]

1. Kommunisten:
   - Partidul Socialist al Muncii (PSM), Leiter: Ilie Verdeț, Adrian Păunescu
2. Etatisten:
   - Partidul Democrației Sociale din România (PDSR), Leiter: Ion Iliescu
3. Nationalisten:
   - Partidul România Mare (PRM), Leiter Corneliu Vadim Tudor
   - Partidul Unității Naționale Române (PUNR), Leiter: Gehorghe Funar
4. Reformisten:
   - Partidul Socialist (PS), Leiter: Tudor Mohora

PSM und PS sind nicht im Parlament vertreten, da sie bei den Wahlen Ende 1996 nur jeweils knapp über zwei Prozent erhielten. Grundsätzlich macht die PS noch den relativ besten Eindruck, da sie für einen "Rechtstaat", eine "gemischte Wirtschaft (überwiegend privatisiert)", "begrenzte administrative Dezentralisierung", "Integration in NATO und EU"

---

[128] Marian Chiriac: Un raport ce nu aduce lumină (Ein Bericht, der kein Licht bringt), in: "22", Nr. 18, 6.-12.5. 1997.

[129] Şerban Orescu: Demisia domnului Virgil Măgureanu (Die Demission des Herrn V.M.), in: "22", Nr. 18, 6.-12.5.1997.

[130] Biographie, in: "22", Nr. 31, 5.-11.8.1997.

[131] Kommentar von Şerban Orescu, in: 2, Nr. 31, 5.-11.8.1997.

[132] Bericht und Graphik, in: RL 13.12.1996.

etc. eintritt. Im Wahlkampf gab sie sich modern und pragmatisch, unterstützte in der Stichwahl auch Constantinescu, scheiterte aber an ihrer mangelnden "Individualität". Die anderen Parteien kämpfen für einen "autoritären" oder "dirigistischen Staat", "Planwirtschaft" oder "Staatsmonopol" bzw. "ökonomischen Dirigismus", "administrativen Zentralismus" etc. Ihre Gegnerschaft zu NATO und EU ist mehrheitlich evident (PSM, PRM, PUNR), und wenn die PDSR im Wahlkampf noch für eine Integration Rumäniens plädierte, so gilt diese Option mittlerweile als "nicht mehr ganz sicher", zumal die Partei beste Beziehungen zu den Kommunisten in der russischen *Duma* angeknüpft und damit auch deren Gegnerschaft gegen NATO und EU übernommen hat. In Rumänien hat sich die ehemalige Regierungspartei nach dem Verlust der Macht teils auf die Kommunisten zubewegt (wie etwa eine Rede des Ex-Premiers Văcăroiu gegen den *Internationalen Währungsfonds* erkennen ließ), teils aber auch auf die extremen Nationalisten, denen eine Rede gefallen haben dürfte, die Iliescu kurz vor den Wahlen in Alba Iulia hielt und die voller antieuropäischer und antiungarischer Ausfälle war. Die PDSR versucht, ihre alte Klientel bei der Stange zu halten – teils mit grotesken Einfällen wie der Schaffung einer "Liga ehemaliger Präfekten" –, dürfte in mittlerer Sicht aber in drei "Flügel" (aripa) auseinanderfallen: "Etatisten", "Mafiosi" und "Nationalisten". Eine erste Spaltung trat nach wenigen Monaten ein: In Sibiu (Transsilvanien) formierte sich eine innerparteiliche Opposition unter Teodor Meleşcanu, die diesen als neuen Parteichef und die Umbenennung der Partei in *Demokratische Partei Rumäniens* (Partidul Democrat din România) oder *Nationaldemokratische Partei* (Partidul Național Democrat) forderte.[133] Daraus wurde nichts, weswegen die "Meleşcanu-Gruppe" ("Grupul Meleşcanu") seit Juni 1997 als neuer Teil "Reformisten" firmiert, rechts von der PS und noch reformbereiter als diese. Dadurch hat das "linke" Spektrum eine Veränderung erfahren:[134]

1. Extremisten:
   – PRM
2. Kryptokommunisten (criptocomunistă):
   – PSM
   – PDSR
3. Reformisten:
   – PS
   – "Meleşcanu-Gruppe"

Natürlich ist die PDSR noch immer eine starke und einflußreiche Partei, wie nicht zuletzt an ihrem Wahlergebnis vom November 1996 zu ersehen ist. Die Frage ist jedoch, wieviel ihrer Stärke sie dem Umstand verdankt, daß sie jahrelang Regierungspartei war. In dieser Position hatte sie einen enormen und von der Führung geförderten Zulauf von Opportunisten jeglicher Couleur, was die Parteiführung um Iliescu entsprechend hochnäsig mit anderen Parteien umgehen ließ. Nach den verlorenen Wahlen kam der Rückschlag: Die Opportunisten verließen

[133] Bericht, in: RL 9.5.1997.

[134] Bericht und Graphik, in: RL 3.7.1997.

die PDSR, mögliche Partner der "Linken" gingen auf Distanz zu ihr.[135] Und in der Partei selber meinten Kritiker wie der ehemalige Abgeordnete Dumitru Mugurel Vintilă, daß die PDSR "sich nicht mehr modernisieren kann" und darum zu einer *Sozialdemokratischen Bewegung Rumäniens* (Mişcarea Social Democrată din România, MSDR) transformiert werden muß.[136]

Andererseits haben sich PRM und PUNR gerade noch ins Parlament "retten" können, nachdem sie im Wahlkampf heftigste Attacken gegen das "moskowitische Element" Iliescu und gegen die Korruption in dessen PDSR geführt hatten. Offenkundig sind beide seit den Wahlen moderater und nachdenklicher geworden, auch bereit zu einer "begrenzten parlamentarischen Zusammenarbeit bei gewissen innenpolitischen Projekten und auswärtigen Initiativen". Sofern sich beide nicht selber aus dem politischen Leben hinauskatapultieren: PRM-Chef Tudor bereitete sich im Spätherbst 1997 darauf vor, mit Iliescu um die Führungposition in der Opposition zu streiten, und Gheorghe Funar, einer der Gründungsväter der PUNR, war von dieser ausgeschlossen worden – als "Alleinschuldiger an den schlechten Wahlergebnissen". Funar, Bürgermeister von Cluj, wollte sich das nicht gefallen lassen, zumal sein Ausschluß allzu sehr nach einer vordergründigen Intrige aussah: Sein Hauptgegner, der Abgeordnete Ioan Gavra, hatte über den Ex-SRI-Chef Virgil Măgureanu gewisse "Dossiers" besorgt, auch unter Umgehung des Parteistatuts eine Allianz mit der (geistesverwandten) rechtsextremen Organisation *Vatră Românească* (Rumänische Heimstatt) gegen Funar zusammengebracht, der sich dieser nicht beugen wollte.[137]

Keine Zukunft scheint auch die PSM zu haben. Bei den Wahlen scheiterte sie an ihrer "anachronistischen Sprache und ihrem amateurhaften Wahlkampf". Analytiker nehmen an, daß sie in naher Zukunft wegen innerer Rivalitäten auseinanderbrechen wird – in die kommunistischen Dogmatiker einerseits und in die Realisten, die dann zur PS abwandern oder mit dieser koalieren dürften.

Im Grunde hat im gegenwärtigen Rumänien jedwede "Linke" ausgespielt: Insgesamt gilt sie als "monoton", und ihre einzelnen Parteien werden ironisierend der "exotischen Linken" oder gar dem "Modell des arabischen Sozialismus" zugeordnet. Die CDR-nahe Presse macht sich über die "Linke" eindeutig lustig: Da wird z.B. Lenin zitiert (mit genauer Quellenangabe) und dann interpretiert: "Mit anderen Worten, zwischen Sozialismus und Kommunismus besteht etwa so ein Unterschied wie zwischen den Wörtern *Kind* und *Mensch*". Und ähnliche Scherze mehr, die der Ideologie, den Phrasen und den Politikern der "Linken" gelten.[138] Das ging dem PS-Führer Mohora zu weit, der dagegen wütend protestierte: Die PS habe jeder "ideologischen und doktrinären Verbindung mit dem Marxismus-Leninismus entsagt" und

---

[135] Constantin Lupu: PDSR – viitor cu faţa spre trecut (PDSR – Zukunft mit dem Gesicht zur Vergangenheit), in: RL 15.5.1997.

[136] Vgl. das Interview mit Vintilă, in: RL 6.5.1997.

[137] Ambrus Béla: Război fratricid îin PUNR (Brudermörderischer Krieg in der PUNR), in: Tinerama 11.-17.11. 1997.

[138] Vgl. Corneliu Sâmpălean: Ce este socialismul în România de azi? (Was ist der Sozialismus im Rumänien von heute?), in: RL 11.1.1997.

grenze sich "kategorisch vom totalitären Regime und der kommunistischen Ideologie" ab, sie sei "den Werten des modernen europäischen Sozialismus" verpflichtet etc.[139]

Das ist alles sehr vergnüglich zu lesen – sofern man darüber nicht vergißt, daß die "Linke" sehr wohl Probleme schafft, auf eine indirekte Weise, die für die Vergangenheit des Landes charakteristisch ist. Das zeigte sich 1997 im Jiu-Tal (Valea Jiului). Vor zwanzig Jahren hatte es bei den dortigen Bergarbeitern Unruhen gegeben, die sich direkt gegen Ceauşescu richteten.[140] Aus Anlaß des Jahrestags und wegen erneuter Unzufriedenheit der Bergleute mühten sich die PRM und eine linksradikale *Rumänische Arbeiterpartei* (Partidul Muncitoresc Român, PMR) um Einfluß auf die dortige Bevölkerung. Dabei war die PMR – die von Constantin Bălută, einem ehemaligen Regionalführer der PDSR, geleitet wird – besonders erfolgreich, nämlich mit einer Mischung aus altkommunistischen Phrasen und zeittypischer Demagogie: "Seit es den Kapitalismus gibt, gibt es auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Also muß es auch den Klassenkampf geben"; "Bergleute, eure Einkommen müssen so hoch wie die der Parlamentarier sein"; "offizielle Anerkennung der Arbeiterklasse als führende Klasse"; "warum gibt man Geld dafür aus, auf dem Territorium Rumäniens militärische Manöver mit fremden Truppen zu veranstalten?"; "die Kassen sind leer, aber Hunderte Millionen werden dafür ausgegeben, um rumänische Soldaten auszuschicken, damit sie fremde Völker unterdrücken" und so fort.[141]

Auf diese Weise hat es die im Grunde völlig bedeutungslose PMR geschafft, im Jiu-Tal *mehr* Mitglieder als die PDSR zu haben. Ähnliche "Stellvertreterkriege" finden vielerorts statt, beispielsweise in den Organisationen der Kriegsveteranen: Rumänien, im Zweiten Weltkrieg Verbündeter Deutschlands, hatte am 23. August 1944 (in kommunistischer Vergangenheit Staatsfeiertag!) überraschend die Frontseite gewechselt. Damit wurde die aus rumänischen Spanienkämpfern und rumänischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gebildete Division "Tudor Vladimirescu" aufgewertet, deren 1.005 Offiziere die politische Indoktrinierung der nunmehr auf sowjetischer Seite kämpfenden rumänischen Armee übernahmen. Nach Kriegsende fanden sich viele von ihnen, neben anderen, in der *Union der antifaschistischen Kämpfer* (Uniunea Luptătorilor Antifascişti) wieder, die im Dezember 1989 zur *Nationalvereinigung der Kriegsveteranen* (Asociaţia Naţională a Veteranilor de Război, ANVR) mutierte. Vorsitzender wurde General Marin Dragnea, der 1956 als Befehlshaber des Wehrkreises Timişoara im Auftrag des Politbüromitglieds und Stellvertretenden Verteidigungsministers Nicolae Ceauşescu aufpaßte, daß der ungarische Volksaufstand keine Auswirkungen auf Rumänien hatte. Das mißfiel den Mitgliedern, die im Krieg nur unter Zwang in die "Vladimirescu"-Division eingetreten waren, und sie gründeten die *Nationalliga der Kriegsveteranen* (Liga Naţională a Veteranilor de Război, LNVR) unter der Ehrenpräsidentschaft von General Titus Gârbea, einem Veteran aus dem Ersten Weltkrieg.

---

[139] Wortlaut, in: RL 21.1.1997.

[140] Horaţiu Hulea: 20 de ani de la greva minerilor din Valea Jiului (20 Jahre seit dem Bergarbeiterstreik im Jiu-Tal), in: RL 2.8.1997.

[141] Horaţiu Hulea: Implicaţia politică este evidentă (Die politische Implikation ist offenkundig), in: RL 25.6. 1997.

Daneben gibt es weitere Veteranen-Vereinigungen, aber eine Einigung aller ist unmöglich, weil die Ceauşescu-Anhänger die ANVR gezielt als "Spaltpilz" einsetzen.[142]

Ceauşescu ist zwar tot, und auch die Manifestationen vor seinem Grab sind eher grotesk denn politisch relevant, aber in einem weiteren Sinne ist der ehemalige Diktator dennoch präsent: Wenn man, wie es PRM und andere versuchen, die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit mit einer "Entsowjetisierung" gleichsetzt, dann fehlt nie der Hinweis (wie es unter Iliescu die Norm war), daß es gerade Ceauşescu war, der in den späten 60er Jahren ebenfalls eine solche durchführte – zumindest in bezug auf die rumänische Sprache, Geschichte, Straßennamen etc.[143] Ceauşescu ging es dabei nur um die Stabilisierung seiner (noch jungen) Macht, die er durch betonte Distanz zu Moskau und dessen früheren Helfern in Rumänien auch wirkungsvoll erreichte.[144] Das ist eine bekannte Tatsache, die aber von "Linken" wie dem PRM-Führer C.V. Tudor seit Jahren bestritten wird: Ceauşescu (so Tudor schon 1990) war zwar "despotisch, manisch, krank vor Eitelkeit, hielt sich in den letzten Jahren für Jesus Christus im Himmel, der alle planetarischen Probleme löst" – aber er war "nicht beschränkt", sondern seit 1956 Ziel eines "permanenten internationalen Komplotts", geschmiedet von "seinen traditionellen Feinden, Ungarn und Russen". Ceauşescu hat es jahrzehntelang geschafft, Rumänien mittels der Securitate vor deren Ränken zu schützen, aber er war am Ende, als sich 1989 die Amerikaner dem Komplott anschlossen, wie "der Besuch von (Präsident) Bush in Budapest Mitte des Jahres 1989" zeigte; als ihn dann noch im Dezember 1989 seine "Geheimdienste falsch informierten", hatte die "barbarische Einmischung fremder Mächte" ihre Ziele erreicht: Erst wurden Ceauşescu, dann "unschuldige Rumänen in den Tod geschickt".[145]

Solcher Unsinn wird seit Jahren "verbreitet von dem faschistisch-kommunistischen Triumvirat Tudor-Funar-Păunescu"[146], also den Führern "linker" Parteien. Daß so etwas Wirkung haben könnte, scheint schwer vorstellbar, aber vernünftigerweise nimmt man im gegenwärtigen Rumänien an, daß solche Auslassungen in einem weiteren Sinn "antirumänisch" wirken könnten. Und weil die Rumänen ohnehin nicht hinreichend informiert sind, welche Verbrechen der Vergangenheit *allein* auf das Konto Ceauşescus gehen, nutzte man das Treiben der "linken" Rechtsextremen, um ganz sachlich solche Informationen nachzuliefern, vor allem über seine "Bulldozer-Politik" gegen die rumänische Landwirtschaft,[147] die "biologische Degradation des rumänischen Volks" durch sein blindes Beharren auf Geburtenwachstum ohne nachfolgende Fürsorge,[148] seine Securitate-Aktivitäten

---

[142] Constantin Lăţea: Problema veteranilor de război (Problem der Kriegsveteranen), in: RL 12.9.1997.

[143] Vladimir Alexe: De câte ori ne-am desovietizat, Ioane? (Wie oft wurden wir desowjetisiert, Johann?), in: RL 13.5.1997.

[144] Florin Constantiniu: Destalinizare autentică sau luptă pentru putere? (Authentische Entstalinisierung oder Machtkampf?), in: Dosarele Istoriei, Nr. 2/1996, S. 16-19.

[145] Corneliu Vadim Tudor: Memento, in: România Mare 31.8.1990.

[146] Gheorghe Grigurcu: Speculanţii (Spekulanten), in: RL 23.9.1997.

[147] Dokumentation, in: RL 7.6.1997.

[148] Dokumentation, in: RL 3.5.1997.

gegen rumänische Intellektuelle,[149] seine Verbrechen gegen die Kirchen und Konfessionen in Rumänien,[150] seinen nationsweiten Diebstahl wertvoller Gegenstände für ein "nationales Erbgut" (patrimoniul național)[151] und vieles mehr.

Auch das gehört zur Aufarbeitung des Kommunismus, die sich in Rumänien in staunenswerter Vielfalt vollzieht. Anders geht es auch nicht, denn die Residuen dieser Vergangenheit sind in identischer Vielfalt vorhanden. Was "die Hauptgefahr für die Konsolidierung des demokratischen Systems" in Rumänien sei, wurde der polnische "Querdenker" Adam Michnik im Mai 1997 von der Zeitung *România liberă* gefragt; seine Antwort war eindeutig und zutreffend: "Der Extremismus. Auch wenn es nicht mehr möglich ist, das alte kommunistische System zurückzuholen, so existieren doch ungezählte extremistische Gruppen der Postkommunisten, Neokommunisten, Antikommunisten, also Gruppen, die den politischen, religiösen, ethnischen etc. Fanatismus propagieren. Sie können die natürlichen Prozesse der Wiederherstellung der Gesellschaft verzögern".[152]

5. Zusammenfassung

Seit Ende 1996 hat Rumänien mit Emil Constantinescu einen neuen Präsidenten und unter Victor Ciorbea eine neue Regierung. Beide repräsentieren das Bündnis *Demokratische Konvention Rumäniens* (CDR) und verkörpern die erste demokratisch gewählte und legitimierte Führung Rumäniens seit 1937.

Die neue Führung ist sich bewußt, daß die Reformaufgaben Rumäniens durch die siebenjährige "Verspätung", die das Iliescu-Regime zu verantworten hat, ungemein schwerer geworden sind. Man hatte den ernsten Willen, Reformen anzugehen, konnte auch einige Teilerfolge erzielen, mußte andererseits aber auch viele Vorhaben zurückstecken, weil das wirtschaftliche desolate Land überfordert gewesen wäre. Dennoch ist die Position der Führung in der Öffentlichkeit ungefährdet, wie Umfragen seit Monaten erkunden.

Relativ gut klappt hingegen die Aufarbeitung der Vergangenheit, die unter den neuen Bedingungen ungehindert und in mehreren Richtungen abläuft. Ein erstrangiges Anliegen ist dabei, die unter Iliescu verschleierte und verfälschte Geschichte der rumänischen Revolution vom Dezember 1989 in ganzer Wahrheit zu erfahren. Das ist noch nicht im vollen Umfang gelungen, weil dafür die Kenntnis von Dokumenten und Archiven nötig wäre, die noch aussteht.

Immerhin ist es der Regierung gelungen, die von der ehemaligen Regierungspartei planmäßig inszenierte "Aufblähung" der Zahl der "Revolutionäre" per Gesetz zu stoppen. Damit wurde auch der Versuch unterbunden, ehemalige Diener des Regimes als "Revolutionäre" zu tarnen und zu rehabilitieren.

---

[149] Dokumentation, in: RL 1.5.1997.

[150] Dokumentationen, in RL 10.3., 10.5. und 21.6.1997.

[151] Bericht, in: RL 19.7.1997.

[152] Wortlaut des Interviews mit Michnik, in: RL 16.5.1997.

Glückliche Hand bewies die Regierung auch mit ihrer Taktik, Bürgerinitiativen zur Erkundung des rumänischen "Gulag" freie Hand zu lassen. An den Orten der schlimmsten kommunistischen Lager – Sighet, Gherla, Donau-Schwarzmeer-Kanal u.a. – sind Gedenk- und Forschungsstätten entstanden, die in kürzester Zeit bereits reichen Ertrag brachten.

Im ganzen Land haben sich Institutionen der "mündlichen Geschichte" gebildet, die Aussagen von Überlebenden etc. sammeln, um so das Mosaik der Aufarbeitung zu bereichern.

Besonders interessant ist dabei, daß von Rumänien aus auch die rumänischen Regionen östlich des Prut einbezogen werden, deren Wiedervereinigung mit dem Mutterland von Moskau seit 1940 verhindert wird. Weil die dortigen Rumänen ("Moldovaner") selber nicht tätig werden können, wird in rumänischen Institutionen aufgearbeitet, wie der Kommunismus in diesen Regionen verfuhr.

Kaum vorangekommen ist das Problem des Zugangs zu den Securitate-Dossiers. Zwar gibt es seriöse Versuche, die Verschleierungstaktik der Iliescu-Führung per Gesetz rückgängig zu machen, doch werden diese von Teilen der CDR-Regierungskoalition behindert. Interessant für deutsche Beobachter ist, wie stark das Beispiel der deutschen Gauck-Behörde in Rumänien gewirkt hat.

Abschließend wirft die Darstellung einen Blick auf die neokommunistischen Parteien im gegenwärtigen Rumänien. Ihr Spektrum ist verwirrend – zur "Linken" zählen auch rechtsextreme, nationalistische Parteien, die vom Kommunismus vor allem seine Funktionäre und seinen totalitären Geist übernahmen.

Eine direkte Bedeutung haben diese Parteien nicht, eine indirekte nur insofern, als sie eine demagogische Geschichtsklitterung zugunsten Ceauşescus und seines Regimes betreiben. Möglichen Gefahren daraus, sollten sie denn auftreten, wird durch publizistische Aufklärung der spezifischen Verbrechen dieses Regimes, z.B. seiner "Bulldozer-Politik" gegen die Landwirtschaft, begegnet.

Wolf Oschlies

Coming to Grips with the Communist Past in Romania

Part II: 1996/97

Bericht des BIOst Nr. 4/1998

Summary

Introductory Remarks

This is the second part of a two-part report on Romania's experience in coming to terms with its communist past. Part I (published as Bericht des BIOst Nr. 3/1998) was concerned with the period 1990-1995/1996 during which Ion Iliescu was Romanian leader. Since the end of 1996, however, Romania has a new leadership – the first democratically elected one since 1937! One of the actions of the new leadership has been to take a fresh approach to the country's history. As a result, new opportunities have emerged for confronting the past and some progress has been made.

This new approach to Romania's past forms the subject of the present report. As in Part 1, its analysis is based on generally accessible sources that are chiefly of Romanian origin.

Findings

1. As of the end of 1996 Romania has a new president, Emil Constantinescu, and a new government led by Victor Ciorbea. Both represent the political alliance Democratic Convention of Romania (CDR) and constitute the first democratically elected and legitimate leadership Romania has had since 1937.
2. The new leadership is well aware that the task of bringing about reforms in Romania has been made very much more difficult by the seven-year "delay" for which the Iliescu regime was responsible. While the will to reform is certainly there and some progress has been made, many projects have had to be abandoned because the economically devastated country would have been unable to cope with them. Nevertheless, as public opinion surveys have shown consistently over a number of months, this has not damaged the leadership's popularity.
3. By contrast, the process of confronting the country's past, which under the new leadership has been able to continue unobstructed in a number of different areas, has been relatively successful. One of the main priorities is to reveal the truth about what happened during the Romanian revolution of December 1989, events that were covered up and distorted under Iliescu. In order to successfully complete this process, however, a number of documents and archives still need to be examined.

4. Nonetheless, the government has succeeded by legal means in putting an end to the deliberate "inflation" by the former governing party of the number of "revolutionaries". In so doing it has also put a stop to attempts to pass off former servants of the Ceauşescu regime as "revolutionaries" and thus rehabilitate them.
5. The government strategy of giving free rein to public initiatives aimed at gathering information about the Romanian "Gulag" has also proved to be propitious. Memorials and research centres have been set up at the sites of the worst communist-era camps – Sighet, Gherla and the Danube-Black Sea Canal, to mention just some – and have yielded considerable findings in a short space of time.
6. Oral history institutions have been set up all over the country with the purpose of piecing together the accounts of survivors in order to form a complete picture of the camps.
7. Of particular interest is Romania's decision to include the Romanian region east of the River Prut in its examination of the past. This area has been prevented from being reunited with the motherland by Moscow since 1940. Since the Romanians (or Moldovans) in these areas are not themselves able to engage in activities of this kind, Romanian institutions are carrying out an investigation of the impact of communism on these regions.
8. Little progress has been made in gaining access to Securitate files. Although serious attempts have been made to introduce laws to reverse the cover-up tactics employed by the Iliescu leadership, these are being hampered by certain parts of the CDR governing coalition. Of interest to German observers is the great extent to which the German Gauck commission has served as a model for Romania.
9. The report concludes with a survey of the neo-communist parties currently existing in Romania. The political spectrum is confusing since the so-called "Left" includes extreme right-wing nationalist parties that have adopted the functionaries and totalitarian spirit of communism.
10. These parties have no direct political significance and their influence is limited to their attempts to distort history in order portray Ceauşescu and his regime in a favourable light. The potential danger of such propaganda, should it exist, is being countered by press exposés of crimes committed by the regime, such as its "bulldozer policy" towards the countryside.